

# Wir informieren:

## Bilanz einer Wende

Dokumentation der Deutschland- und Ostpolitik:

Nach 13 Jahren vor dem Ende?

# SPD

C 99 - 05124

## Inhaltsverzeichnis

### I. ZUSAMMENFASSUNG

#### II: VOM KALTEN KRIEG ZUR ENTSPANNUNGSPOLITIK:

Weltpolitische Wandlungen in den 60er Jahren

#### III. FUNDAMENT DER NORMALISIERUNG:

Die Politik der SPD-geführten Bundesregierungen

1. Historische Bedeutung der Vertragspolitik
2. 1969 - 1981. Eine Chronik
3. Die Verträge im Überblick
4. Leistungsbilanz
5. Dokumente und Zitate

#### IV. WIDERSTAND UND WENDE:

Die Haltung der CDU/CSU zur Ost- und Deutschlandpolitik

1. Schatten der Vergangenheit (1969 - 1982)
2. Von der Wende zum Ende der Entspannungspolitik (1982 - 1984)
3. Dokumente und Zitate

#### ANHANG

1. Deutschlandpolitisches Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion
2. Egon Bahr über Gemeinsame Sicherheit
3. Willy Brandt: Deutscher Patriotismus

### I. Zusammenfassung

Seit der Regierungsübernahme durch die CSU/CSU/FDP-Koalition ist in vielen Feldern der Politik eine "Politik der Wende" eingeleitet worden, deren Folgen von Monat zu Monat immer mehr Bürger sozusagen "auf der Haut" spüren. Innenpolitisch wird mühsam Erträgliches kassiert: durch die Aufspaltung der Gesellschaft in zwei Realitäten (Arbeitsbesitzer und Arbeitslose, Kern- und Randbelegschaften), durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die eine Verschiebung der Krisenlasten auf die Schwächeren vornimmt und durch eine "Neidsteuerkampagne", die den inneren Schweinehund des Besitzbürgertums hochjagt: Marx nannte das schon vor mehr als 100 Jahren "aufgeschreckte Hab-sucht".

Wie das Grundvertrauen der Bürger in den sozialen Rechtsstaat aufs Spiel gesetzt wird, so wird im Zuge der Wende auch gefährdet, was bis 1982 in der Ost- und Deutschlandpolitik erreicht worden ist. "Die von der SPD begonnene Preisgabe deutscher Positionen darf nicht fortgesetzt werden" verlangt Alfred Dregger. Schon im März 1983 hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende der CDU die neue Stoßrichtung klargestellt: "daß die sogenannten Ostverträge formalisierte Gewaltverzichtsverträge sind, aber keine Grenzänderungsverträge". So neu ist diese Stoßrichtung freilich nicht. Bereits vor 12 Jahren in der Ratifizierungszeit der Verträge bezeichnete Dregger die Ostverträge als "gewaltige Verzichtsverträge". Zwar vertritt Bundeskanzler Kohl den Standpunkt "pacta sunt servanda". Doch Kohl, der während der ersten Beratung der Ostverträge im Bundestag (damals als MP) in dem Vertragswerk nur "die Preisgabe oder Aushöhlung deutscher Rechtspositionen" sehen konnte, läßt sich mehr und mehr zum Sprecher der Nationalliberalen in seiner Partei machen. Allen Ernstes wird im Zusammenhang der Deutschen Frage der Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 proklamiert und die Behauptung, die sich von Gebietsforderungen kaum unterscheiden läßt, aufgestellt: "Auch Ostpreußen ist deutsches Land" (Windelen).

"Entspannung (...) muß (...) auch unterbrechbar sein", lautet die Devise der "neuen" Ostpolitik der Regierung Kohl (Internes Papier von CDU/CSU über die künftige Orientierung der deutschen Außenpolitik).

Auch der Deutschlandpolitik droht ein schwerer Rückschlag. Daß 1984 der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik und derjenige Genschers in Polen geplatzt ist, signalisiert, daß der rechte Flügel der CDU die Beziehungen zur DDR und den Staaten des Warschauer Pakts bereits übermäßig belastet hat. Inzwischen wird Genschers Spielraum massiv beschränkt. Wenn er in den Osten fahren will, schreien eben jener rechte Flügel der CDU und die entsprechende Hinterstübenskulisse der Publizistik los. Beispiel: Prag-Besuch.

Dies alles mag der Grund dafür sein, daß die Regierung Kohl auf die Revanchismus-Vorwürfe von östlicher Seite verständnislos reagiert. Kein Zweifel, daß diese Vorwürfe, wenn sie auf "die" Politik der Bundesrepublik zielen, unberechtigt sind. Kein Zweifel aber auch, daß die Bundesregierung es versäumt, geschlossen gegen gefährliche Äußerungen aus den eigenen Reihen vorzugehen. Ein Kanzler, der - nach Äußerungen seiner Minister Zimmermann und Windelen oder gar vieler Vertriebenenfunktionäre - nicht versteht, wieso Polen, Tschechen oder Sowjets einen neuen Revanchismus befürchten, der ist historisch stumpf und zu einer zureichenden Ostpolitik unfähig. Nichts zeigt dies deutlicher als die Verstrickung des Bundeskanzlers in eine Veranstaltung der schlesischen Landsmannschaft mit dem unsinnigen Motto "Schlesien bleibt unser". Das unprofessionelle Hin und Her um diese Veranstaltung liefert den Revanchismus-Propagandisten der kommunistischen Parteien des Ostblocks billige Munition.

Die von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung durchgesetzte Entspannungspolitik ist heute, zu Beginn des Jahres 1985, gefährdet. Dieser Gefährdung versucht die vorliegende Analyse und Dokumentation entgegenzuwirken.

C 99 - 05124

## II. VOM KALTEN KRIEG ZUR ENTSPANNUNGSPOLITIK: Weltpolitische Wandlungen in den 60er Jahren

Noch zu Beginn der 60er Jahre stand Europa im Banne des Kalten Krieges. Der Konflikt der eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges, der USA und der Sowjetunion, eskalierte in einer Spaltung der Welt, die durch Blockbildung, Konfrontation und gegenseitige Abschreckungsstrategien mit nahezu unkontrolliertem Wettrüsten charakterisiert ist.

Die Rahmenbedingungen der Ost- und Deutschlandpolitik werden nur vor diesem Hintergrund der "bipolaren, antagonistischen Struktur der Nachkriegswelt" (1) verständlich. Denn die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten ließen die schärfste Ost-West-Konfrontation sich in Deutschland ansiedeln. Diese Konfrontation ist deshalb "Grundlage für die Auseinanderentwicklung des besetzten Deutschland in einen östlichen und einen westlichen Teilstaat (2). In dem Maße, in dem die Deutsche Frage zunehmend dem Ost-West-Gegensatz zugeschlagen wurde, schwanden die (wohl ohnehin geringen Chancen) einer Wiedervereinigung im Sinne einer einvernehmlichen Lösung immer rascher dahin. West- wie Ostdeutschland waren von den jeweiligen Sicherheitssystemen der Weltmächte umklammert. "Im Laufe des Vierteljahrhunderts, das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen ist, hat die deutsche Teilung sich als Kern einer stabilen machtpolitischen Ordnung Europas erwiesen" (3), so lautete die Einsicht, von der die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition ausgehen mußte. Damit sind zugleich auch die realen Hindernisse einer Wiedervereinigungspolitik umrissen: "Wie ein roter Faden zieht sich durch die Deutschlandpolitik der vier Mächte von 1943 bis zur Gegenwart die Linie, ein nach innen und außen unabhängiges, einheitliches Deutschland nicht wiedererstehen zu lassen" (4).

Die skizzierte Phase der Nachkriegspolitik fand ihren symbolischen Abschluß im Bau der Mauer (13. August 1961). Die Mauer zeigte, wie die Spaltung Deutschlands buchstäblich zementiert war. Die Reaktionen auf den Mauerbau verdeutlichten nicht nur, daß der europäische Status quo eingefroren war, sondern auch, daß die beiden Großmächte ihre Einflußsphären in Europa zu respektieren begannen. Die Mauer ist deshalb auch ein Symbol für das Scheitern der Politik der Stärke.

In der Folge zeichneten sich partielle Bemühungen ab, "ideologische Frontstellungen aufzuweichen sowie einer Politik der Flexibilität, der Entspannung und der Zusammenarbeit den Vorrang einzuräumen" (5). Zeigte sich bereits Ende der 50er Jahre eine "Entkoppelung von Abrüstung und Deutschlandfrage" (6), so ließen die seit Beginn der 60er Jahre deutlicher werdenden weltpolitischen Wandlungen erkennen, daß die Deutschlandfrage als ungelöstes Problem des Kalten Krieges ad acta gelegt worden war. Fortschritte in der Deutschen Frage waren nicht mehr die Voraussetzungen für einen Entspannungsprozeß.

Die weltpolitischen Wandlungen kommen auch darin zum Vorschein, daß die Konflikte der Großmächte sich zusehends in Randzonen verlagerten und sich zudem ein neues Beziehungsmuster des internationalen Systems abzuzeichnen begann. Die Bipolarität wurde von einer Art triangulären Verhältnisses kooperativer Form einerseits (USA, Westeuropa, Japan) und konkurrierender Machtzentren andererseits (USA, UdSSR, VR China) abgelöst, ein Trend der als "Multipolarität" oder "Polyzentrismus" (8) bezeichnet wird. Damit ging eine gewisse Erosion der Blöcke und Auflockerung der Bündnisse einher, die eine eigenständigere Politik mittlerer und kleinerer Staaten Europas zuließen.

Der entscheidende Impuls der weltpolitischen Veränderungen aber von John F. Kennedys Entspannungskonzept ausgegangen, das zu ersten Verständigungen mit der Sowjetunion und auch zu ersten Abrüstungsschritten führte. Entspannung wurde nach und nach zur erklärten Politik der Westmächte, mit der Annahme des Harmel-Berichts sogar zu einer der beiden - bis heute gültigen - Strategie-Pfeiler der NATO.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik konnte sich zunächst nicht auf die Veränderungen des internationalen Systems einstellen. Dementsprechend gereizter wurden vor allem die USA gegenüber der Bundesregierung Erhard. Nur vereinzelt und zögernd setzte sich bei uns die Einsicht durch die Ursachen der Spannungen nicht in der Teilung Deutschlands zu suchen waren, daß die Teilung eine "Funktion des Ost-West-Konflikts" war und nicht umgekehrt (9). Mit dieser - erstmals von Egon Bahr 1963 politisch ausgesprochenen - Erkenntnis dämmerte auch die Einsicht, daß Ost- und Deutschlandpolitik nur eine Anpassung an die Gegebenheiten bedeuten konnte. In dieser Hinsicht unternahm bereits Außenminister Schröder erste Schritte, die die Bundesrepublik aus der drohenden internationalen Isolierung herauszuführen versuchten. Seine ostpolitische Konzeption der "Politik der Bewegung" ist deshalb auch als eine "Weiterentwicklung der westdeutschen Außenpolitik über Adenauer hinaus" bewertet worden. (10) Eine weitergehende Annäherung an die Gegebenheiten verfolgte die Ostpolitik der Großen Koalition. Die unter Außenminister Brandt ergriffenen Initiativen führten zu einer politischen Klimaverbesserung gegenüber den osteuropäischen Staaten, deren sichtbarsten Ausdruck die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien (1967) und Jugoslawien (1968) darstellt. Daß in dieser Phase bereits das Fundament für eine neue Ost- und Deutschlandpolitik gelegt wurde, zeigen vor allem die Angebote gegenseitiger Gewaltverzichtsabkommen und einer vorläufigen Anerkennung der Grenzen bis zu einer endgültigen Friedensregelung (gegenüber der Sowjetunion im Juni 1967, gegenüber Polen im April 1968).

Die Bonner Bemühungen um ein entspannteres Verhältnis zur DDR waren zu diesem Zeitpunkt wenig erfolgreich. Den Bonner Grundsatz, keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR zuzulassen (Hallstein-Doktrin) beantwortete diese mit einem Rückzug auf ihre Maximalforderungen. Auch blieb Berlin ein ständiger Streitpunkt. Das deutsch-deutsche Verhältnis stellt sich als unerträgliches Gegeneinander dar. Dennoch: Die angetragenen Wandlungen zeigen, daß in den 60er Jahren ein komplexeres, flexibleres Kommunikationssystem zwischen Ost und West entstanden war.

- 1) Hans-Peter Schwarz, Die Ost- West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik. In: Handbuch der deutschen Außenpolitik. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz, München 1975, S. 465-479, h. S. 468.
- 2) Richard Löwenthal, Europa und die deutsche Teilung. In: Europa und die Einheit Deutschlands. Eine Bilanz nach 100 Jahren. Hrsg. von Walter Hofer. Köln 1970, S. 305-329, h. S. 306.
- 3) Ebd., S. 327.
- 4) Klaus Körner, Die Wiedervereinigungspolitik. In: Handbuch der deutschen Außenpolitik. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz. München 1975, S. 587-616, h. S. 587.
- 5) Hans-Adolf Jacobsen, Zur Einleitung: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation. Hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann, Christian Meier. Köln 1973 (= Dokumente zur Außenpolitik, Bd. II), S. 11.
- 6) Schwarz, Die Ost-West-Spannungen (s. Anm. 1), S. 474.
- 7) Jacobsen, Zur Einleitung (s. Anm. 5), S. 11.
- 8) Schwarz, Die Ost-West-Spannungen (s. Anm. 1), S. 471.
- 9) Waldemar Besson, Die Ostpolitik der Bundesrepublik. München 1970, S. 271.
- 10) Ebd., S. 309.

### III. FUNDAMENT DER NORMALISIERUNG:

Die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen

#### 1. Historische Bedeutung der Vertragspolitik

Die als historische Wende begreifbare Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition trägt den skizzierten weltpolitischen Wandlungen Rechnung und ist nur vor deren Hintergrund verständlich. Weil die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten gerade Deutschland zum Schauplatz der schärfsten Ost-West-Konfrontation werden ließen, kam der Bundesrepublik im Rahmen der Entspannungstendenzen eine gewisse Führungsrolle zu. Sie mußte die Initiative ergreifen, da die alten, unflexiblen Positionen sich nicht mehr ohne weiteres über ihre Verbündeten zur Geltung bringen ließen. Zwar ist auch die neue Ostpolitik anfangs von den westlichen Alliierten zum Teil mit Irritation verfolgt worden. Doch haben die Regierungen der sozialdemokratischen Bundeskanzler Brandt und Schmidt beständig die feste Verbundenheit der Bundesrepublik mit der Europäischen Gemeinschaft und den NATO-Partnern gesucht und die Integration in den Westen als unerläßliches Fundament der neuen Ostpolitik unterstrichen.

Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition hat die vertraglichen Voraussetzungen für eine Aussöhnung mit allen Staaten Europas geschaffen und das Fundament geregelter Beziehungen gelegt. Möglich war dies nur durch das Akzeptieren der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten. Deshalb kennzeichnete Bundeskanzler Brandt in der Bundestagsdebatte zur Schlußberatung des Grundvertrages die Ostpolitik der ersten sozialliberalen Koalition durch die "Pflicht, die bittere Realität zu akzeptieren, (...) weil sich nur von dieser Realität aus der Weg nach vorne öffnen lassen kann."

Die Ostverträge sind das Tor zu diesem "Weg nach vorne". Eckpfeiler des gesamten Vertragswerkes sind der am 12. August 1970 unterzeichnete Moskauer Vertrag und der am 7. Dezember 1970 unterzeichnete Warschauer Vertrag. Im Mittelpunkt beider Verträge stehen der Gewaltverzicht und das Bekenntnis zur Unverletzlichkeit der Grenzen, wie sie zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung in Europa verliefen. Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition war freilich mehr als nur Einsicht in das Unvermeidliche. Ihre Ziele waren Aussöhnung mit den Staaten Osteuropas und Kooperation statt Konfrontation, mit anderen Worten: eine gesamteuropäische Friedenspolitik. In diesem Sinne regeln die Ostverträge die Grundlagen zu einer Normalisierung und die Voraussetzungen für eine geregelte Zusammenarbeit, aus der rasch zahlreiche Begegnungen und Kontakte erwachsen.

Seitdem sind die bilateralen Problemlösungsstrategien einer Zusammenarbeit aller europäischen Staaten gewichen, deren deutlichster Ausdruck die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist, die im Juli 1975 in Helsinki ihren Abschluß fand und die - auch in Folgekonferenzen - das Konzert der Staaten und ihrer unterschiedlichen Interessen im Sinne einer friedlichen Koexistenz aufeinander abzustimmen versucht hat.

Ost- und Deutschlandpolitik bedingen einander. Die Entspannungspolitik setzte voraus, daß die Lage in Deutschland nicht mehr Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen war. Durch ihre flexible Anpassung an die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten auch im Blick auf die Existenz zweier deutscher Staaten wurde das Hindernis beiseite geräumt, das zuvor eine konstruktive Ostpolitik verhindert hatte. Denn nur vor dem Hintergrund dieser Politik der sich gegenseitig bedingenden Zugeständnisse kam die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin am 3. September 1971 zustande. Dieses Abkommen ist zwar wie die Ostverträge eine Konstruktion des Modus vivendi auf der Grundlage der Teilung Deutschlands. Aber es hat den Zustand rechtlicher Unsicherheit beendet. In gewisser Weise kann das Vier-Mächte-Abkommen daher als ein (vorläufiges) Ende der Deutschlandkonferenzen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges angesehen werden.

Die fundamentale Bedeutung des Vier-Mächte-Abkommens liegt darin, daß es die Voraussetzungen für den Beginn intensiver Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten geschaffen und den Weg zu geregelten deutsch-deutschen Beziehungen geebnet hat.

Der erste Schritt auf diesem Wege ist das Transitabkommen (am 17.12.1971 unterzeichnet), das durch rechtliche und sachliche Zugehörigkeit zum vier-Mächte-Abkommen charakterisiert ist. Hierin wurden erstmals die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik von allen vier Mächten bestätigt. Ein zweiter Schritt liegt im Verkehrsvertrag (26.5.1972), der den ersten Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik darstellt und der den gegenseitigen Verkehr in und durch die beiden Staaten auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt hat. Vor allem praktische Erleichterungen im Reiseverkehr sind seitdem eingetreten.

Ein weiterer Schritt zur Normalisierung ist der Grundvertrag (21.12.1972). Unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen beider Staaten zu grundsätzlichen Fragen ihrer Bündniszugehörigkeit, ihrer Gesellschaftssysteme und des Begriffs der Nation, regelt der Grundvertrag die Grundlagen für die beiderseitigen Beziehungen. Seine wichtigsten Bestimmungen liegen in der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs durch die Bundesrepublik und die Vereinbarung, mit der DDR ständige Vertretungen auszutauschen.

Der Grundvertrag stellt freilich keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR dar; die getroffenen Regelungen verändern zwar de facto, nicht aber de jure die besondere Lage in Deutschland, daß nämlich eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland noch aussteht und daß bis zu ihrem Zustandekommen die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes fortbestehen. Der Grundvertrag ist die Voraussetzung für einen schrittweisen Ausbau der gegenseitigen Zusammenarbeit und hat deshalb Folgeverträge vorgesehen und ver-

2. 1969 - 1981. Eine Chronik

28. November 1969: Bundesregierung unterzeichnet Atomwaffensperrvertrag
19. März 1970: Stoph und Brandt treffen sich in Erfurt
21. Mai 1970: Zweites Treffen Stoph und Brandt in Kassel
22. Mai 1970: Staatssekretär Bahr und Außenminister Gromyko schließen in Moskau einen vorbereiteten Meinungsaustausch über Fragen eines deutsch-sowjetischen Gewaltverzichts ab
12. August 1970: Brandt/Scheel und Kossygin/Gromyko unterzeichnen den Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion
7. Dezember 1970: Brandt/Scheel und Cyrankiewicz/Jedrychowski unterzeichnen den Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
3. September 1971: Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin wird unterzeichnet
17. Dezember 1971: Bahr und Kohl unterzeichnen Transitabkommen
17. Mai 1972: Bundestag verabschiedet die Verträge mit Moskau und Warschau (treten am 3.6.1972 in Kraft)
26. Mai 1972: Bahr und Kohl unterzeichnen Verkehrsvertrag
21. Dezember 1972: Bahr und Kohl unterzeichnen Grundvertrag
11. Dezember 1973: Unterzeichnung des Prager Vertrags und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR
18. September 1973: Bundesrepublik und DDR werden in UNO aufgenommen
21. Dezember 1973: Bundesrepublik und VR Bulgariens und Ungarn nehmen diplomatische Beziehungen auf

25. April 1974: Bundesrepublik Deutschland und DDR schließen ein Abkommen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ab
2. Mai 1974: Die Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin nehmen ihre Arbeit auf
1. August 1975: KSZE-Konferenz endet mit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki
9. Oktober 1975: Deutsch-polnische Vereinbarungen werden unterzeichnet, die Bundeskanzler Schmidt und Parteichef Gierek als Frucht der KSZE-Konferenz in Helsinki ausgehandelt haben
30. März 1976: Postabkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR wird unterzeichnet
16. November 1978: Beide deutsche Staaten vereinbaren den Bau der Nordautobahn
29. November 1978: Leiter der Grenzkommission unterzeichnen in Bonn das Regierungsprotokoll über Überprüfung usw. der Markierung der Grenze
31. Oktober 1979: Bundesrepublik Deutschland und DDR vereinbaren ein Abkommen über die Befreiung von Kraftfahrzeugen von Steuern und Straßenbenutzungsgebühren
30. April 1980: Vereinbarungen über Verkehrsfragen (Autobahnverbindung Berlin-Herleshausen usw)
30. Juni bis 1. Juli 1980: Bundeskanzler Schmidt führt in Moskau Gespräche mit Breschnew
20. Juni bis 2. Juli 1981: Besuch Willy Brandts in der Sowjetunion

### 3. Die Verträge im Überblick

#### **Moskauer Vertrag (12.8.1970)**

Kernstück der Politik der Entspannung und Friedenssicherung in Europa ist der Gewaltverzicht. Voraussetzung für Normalisierung der Beziehungen zu allen Staaten des Warschauer Pakts und für Viermächteabkommen über Berlin. Brachte sichtbare Fortschritte hinsichtlich wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit (u.a. 1978 langfristiges deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen mit 25jähriger Laufzeit).

#### **Warschauer Vertrag (7.12.1970)**

Aufnahme diplomatischer Beziehungen, Gewaltverzicht, keine Gebietsansprüche. Humanitäre Maßnahmen der Polen ermöglichen bis Ende 1979 rund 200.000 ausreisewilligen Personen die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Sozialabkommen (1975) und Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen.

#### **Prager Vertrag (11.12.1973)**

Streitpunkt Münchner Abkommen beseitigt. Diplomatische Beziehungen aufgenommen. 1974 Wirtschaftsabkommen, Kulturabkommen, Verkehrsfragen geregelt.

Diplomatische Beziehungen auch zu den anderen Staaten Osteuropas aufgenommen. Dadurch regen Austausch auf wirtschaftlichem, kulturellen und wissenschaftlich-technischem Gebiet eingeleitet.

#### **Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (3.9.1971)**

Die Bindungen und Verbindungen von Berlin (West) mit der Bundesrepublik Deutschland wurden von allen vier Mächten, erstmals auch von der UdSSR, rechtlich anerkannt. Das Abkommen trägt wesentlich zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Stadt bei.

#### **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1.8.1975)**

1. Folgetreffen (1977/1978). Erstmals zwischen Ost und West Festschreibung gemeinsamer Grundsätze, durch die Frieden in Europa durch Entspannung und Zusammenarbeit gesichert werden kann.

Positive Auswirkungen: Kontakte, Begegnungen, Familienzusammenführungen in Ost und West konnten erheblich ausgeweitet, wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgebaut, deutsch-deutsche Vereinbarungen gefördert werden.

#### **BERLIN**

**Abkommen über Transitverkehr, Vereinbarungen über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besuchsverkehrs von Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins vom 17.12.1971 auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens (3.9.1971).**

Erfolge bisher:

- Von 1976 bis Ende 1979 benutzten 64 Mio. Westdeutsche und Westberliner die Transitwege;
- im gleichen Zeitraum fanden mehr als 13 Mio. Besuche von Westberlinern in Ost-Berlin und in der DDR statt.

#### **Vereinbarungen über den Berlin-Verkehr (1975)**

Erneuerung der Autobahn Berlin-Helmstedt; neuer Grenzübergang für Reisezugverkehr im Berliner Norden eröffnet.

#### **Vereinbarungen über Verkehrsfragen (1978)**

Bau einer neuen Autobahn Berlin-Hamburg, Ausbau der Transit-Wasserstraßen, Öffnung und Instandsetzung des Teltow-Kanals in Berlin.

#### **Vereinbarungen über Verkehrsfragen (30.4.1980)**

Durchgehende Autobahnverbindung Berlin-Herleshausen, Ausbau des Mittellandkanals für Europaschiffe. Zweigleisiger Ausbau des Eisenbahnverkehrs zwischen Helmstedt und Berlin.

In die innerdeutschen und außenpolitischen Vereinbarungen und Verträge wurde Berlin einbezogen ("Berlin-Klausel").

#### DEUTSCHLAND

**Verkehrsvertrag (1972)** brachte praktische Reiseerleichterungen. Seither auch Touristenreisen zugelassen. Zahl der Reisen von Westdeutschen in die DDR vorher (1971) 1,3 Mio., heute über 3 Mio. jährlich. Vertrag brachte erstmals auch Reiseerleichterungen für jüngere Bewohner der DDR - vorher waren Besuche in dringenden Familienangelegenheiten nicht möglich. Heute (1979) reisen jährlich über 40.000 Bürger der DDR in dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik. Seit Inkrafttreten kamen über 300.000 DDR-Bürger zu Besuch in die Bundesrepublik, die noch nicht im Rentenalter waren; dazu jährlich 1,4 Mio. Rentner (1979).

**Grundlagenvertrag (21.12.1972)** wurde Einstieg in weitere Verbesserungen. Reiseverkehr: Vier neue Straßenübergänge geöffnet; Tagesaufenthalte im grenznahen Bereich der DDR ermöglicht, Zahl der Berechtigten hier Ende 1979 um 1,2 Mio auf über 7 Mio. erweitert (bis Ende 1979 2,7 Mio. Tagesaufenthalte). Journalistenaustausch: Ende 1979 waren 19 Korrespondenten in Ost-Berlin akkreditiert.

**Post- und Fernmeldewesen-Vereinbarungen (1970, 1971, 1976)** brachten Modernisierung und beträchtliche Kapazitätsausweitung des Fernsprechverkehrs - Zunahme der Leitungen zwischen 1969 und 1979 von 34 auf 1.061, der Gespräche in West-Ost-Richtung von 0,5 Mio. auf über 20 Mio. jährlich. Verbesserungen im Paket- und Päckchenverkehr.

Protokoll über die Überprüfung, Erneuerung und Ergänzung der Markierung der zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestehenden GRENZE, die Grenzdokumentation und die Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehenden Probleme (1978).

Transfer von Geldbeträgen aus Unterhaltszahlungen und Guthaben in bestimmten Fällen (Vereinbarungen 1974, 1978).

Sport-Vereinbarungen (1974) ermöglichten mehr innerdeutsche Sportbegegnungen.

Gesundheitsabkommen (1974) garantiert kostenlose medizinische Hilfe im jeweils anderen deutschen Staat.

Vereinbarung über den Abbau des grenzüberschreitenden Braunkohlevorkommens im Raum Helmstedt/Harbke (1976).

Langfristige Vereinbarung 1980-1985 über Lieferung und Bezüge auf dem Energiesektor (1979).

Abkommen über die Befreiung von Straßenfahrzeugen von Steuern und Gebühren. Bei Reisen in die DDR brauchen die seit 1951 erhobenen Straßenbenutzungsgebühren für PKW nicht mehr entrichtet werden, sie werden pauschal abgegolten (1979).

Abkommen auf dem Gebiet des Veterinärwesens (1979).

#### 4. Eine Leistungsbilanz

Die von den sozialliberalen Regierungen betriebene Entspannung-, Ost- und Deutschlandpolitik ist hier als historisch bedeutsame Tat gewürdigt worden; nichts unterstreicht diese Leistung deutlicher als die Begründung des Nobelpreiskomitees für die Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 an Willy Brandt:

"Bundeskanzler Willy Brandt hat (...) im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindbildern ausgestreckt. Er hat (...) einen her vorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen." Die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Regierungen hat deutsche und europäische Geschichte gestaltet. Ihre flexible Anpassung an die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten hat die historische Chance zur Entspannung genutzt und wesentlich gefördert. Das von ihr ausgehandelte Vertragswerk hat einen Weg nach vorn geöffnet und verhindert, daß internationale Politik über die Bundesrepublik hinweg betrieben wurde.

Ohne dieses Fundament hätte die deutsche Außenpolitik weniger Bewegungsfreiheiten und Entscheidungsmöglichkeiten. Ohne den von der sozialliberalen Koalition geschaffenen *Modus vivendi* wären unerträgliche Spannungen mit den Staaten Osteuropas noch immer politischer Alltag, wäre der Status Berlins immer noch völlig ungesichert, wären Willkür und Behinderung weiterhin an der Tagesordnung; die Folgen der Teilung Deutschlands wären wesentlich härter, als sie es ohnehin noch sind; die Bundesrepublik wäre nicht in der UNO, ein Erfolg, der ein unmittelbares Resultat des Grundvertrages ist; sie hätte nicht an der KSZE teilgenommen und wäre kein vollberechtigtes Mitglied in den seit Oktober 1973 in Wien laufenden Verhandlungen über die beiderseitige ausgewogene Verminderung von Streitkräften in Mitteleuropa (MBFR) gewesen.

Bei allen Rückschlägen, die die Entspannungspolitik seit dem Ende der 70er Jahre durch eine von den Hegemonialmächten zu verantwortende neuerliche Konfrontationsstrategie erlitten hat, bleibt festzustellen, daß es keine Alternative gibt zu Entspannung und Kooperation. Den eingeleiteten, ohne Frage noch ungenügenden Normalisierungsprozeß zu unterbrechen, hieße nicht zuletzt, die Erfolge aufs Spiel zu setzen, die gerade für den Alltag deutsch-deutscher Beziehungen zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

## 5. DOKUMENTE und ZITATE

### Willy Brandt, Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969:

"Das Nordatlantische Bündnis, das sich in den zwanzig Jahren seiner Existenz bewährt hat, gewährleistet auch in Zukunft unsere Sicherheit. Sein fester Zusammenhalt ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen.

Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ernstesten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören, und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen."

### Willy Brandt, Ansprache vor einer Betriebsversammlung der AEG-Telefunken am 8. Juli 1970 in Berlin:

"Bei unserer Entspannungspolitik geht es uns darum, im engsten Einvernehmen und ständigen Kontakt mit unseren westlichen Verbündeten die gefährliche Konfrontation, die seit über 20 Jahren Europa und Deutschland in zwei Teile spaltet, allmählich abzubauen und über eine Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn endlich zu einem Frieden zu kommen, der sicher ist. Zu diesem Zweck sind wir, wie wir es in der Regierungserklärung vom 28. Oktober vergangenen Jahres gesagt hatten, mit der Sowjetunion und mit anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes in Gespräche eingetreten. Gespräche, die zu vertraglichen Abmachungen über ein geregeltes Nebeneinander - das ist dasselbe Wort für das, was man sonst Modus vivendi nennt - führen sollen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Abmachungen über den Verzicht auf Anwendung und Androhung von Gewalt."

### Willy Brandt, Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises am 11. Dezember 1971 in Oslo ("Friedenspolitik in unserer Zeit"):

"Meine Grundsätze will ich gerade jetzt deutlich unterstreichen: Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. Kein nationales Interesse läßt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen. Jede Außenpolitik muß dieser Einsicht dienen. Als Mittel einer europäischen und weltweiten Sicherheitspolitik hat sie Spannungen abzubauen und die Kommunikation über die Grenzen hinweg zu fördern. Außenminister Scheel und ich lassen uns davon leiten, daß es nicht genügt, friedfertige Absichten zu bekunden, sondern daß wir uns aktiv um die Organisation des Friedens zu bemühen haben.

(...)

Die Bundesrepublik kennt die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Mit dieser Einsicht verbunden ist das Bewußtsein, daß sie durchaus auch Macht hat und eine Macht ist - sie versteht sich mit allen ihren Kräften als eine Friedensmacht. Der Übergang von der klassischen Machtpolitik zur sachlichen Friedenspolitik, die wir verfolgen, muß als der Ziel- und Methodenwechsel von der Durchsetzung zum Ausgleich der Interessen begriffen werden. Dies erfordert Selbstüberwindung, Sachlichkeit und keine weniger sichere Einschätzung politischer Kräfte und Möglichkeiten, als sie die klassische Machtpolitik verlangt. Vom geheiligten Egoismus der Nation soll sie zu einer europäischen und globalen Innenpolitik führen, die sich für ein menschenwürdiges Dasein aller verantwortlich fühlt.

(...)

Die Spannung - zwischen Friedenswillen und Selbstbehauptung - der der deutsche Politiker in der Zeit der Konfrontation unterworfen war, führte über leidenschaftliche Auseinandersetzungen zu wesentlichen Klärungen. Unsere West-Ost-Politik hat sich hieraus ergeben. Wir haben das Gebot der Selbstbehauptung ernst genommen, und den Gedanken der nationalen Einheit haben wir nicht verkümmern lassen. Sondern wir sind daran gegangen, auch in unserem nationalen Interesse, unser Verhältnis zu Osteuropa neu zu ordnen. Dies ist keine einfache Folge von Maßnahmen und Verträgen, sondern ein breiter und vielgestaltiger Ablauf, der alle möglichen Wege zur Relativierung der Grenzen zu nutzen und neue Wege zu öffnen sucht.

Das Etikett "Ostpolitik" sagt mir nicht zu. Aber wie will man etwas einfangen, was sich als Begriff selbständig gemacht und - wie "Gemütlichkeit" unübersetzbar erscheinend - Eingang in die internationale Terminologie gefunden hat? Das Wort ist vorbelastet. Und es läßt die Fehldeutung zu, als sei es mit der Auswärtigen Politik wie mit einer Komödie, bei der man mal die eine, mal die andere Schüßel aufzieht. In Wirklichkeit ist es so: Unsere Entspannungspolitik fing im Westen an und bleibt im Westen verankert. Wir wollen und brauchen die Partnerschaft mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten."

Willy Brandt in der Schlußberatung des Grundvertrages im Deutschen Bundestag (Bulletin 54/1974):

Vom Anfang jeder konstruktiven Politik steht die Feststellung dessen, was ist. (...) Wir nahmen uns und unsere Freunde im Lande in die Pflicht, die bittere Realität zu akzeptieren, (...) weil sich nur von dieser Realität aus der Weg nach vorne öffnen lassen kann."

Helmut Schmidt, Entspannung und Sicherheit (Vortrag in der Georgetown-University Washington im Februar 1971):

"Es ist eine lebenswichtige Notwendigkeit für den Frieden in Mitteleuropa, daß die deutsche Nation auch die Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn sucht, denn mein Land, wie kein anderes in der Welt, muß mit zwölf benachbarten Staaten in Frieden leben. (...) Wir Deutschen möchten unsere Freundschaft mit den westlichen Nationen (...) nicht gefährden. Tatsache ist, daß wir diese Freundschaft und eine institutionalisierte Zusammenarbeit benötigen, um zumindest eine Normalisierung unserer Beziehungen zu den östlichen Nationen und letztlich unsere Aussöhnung mit ihnen herbeizuführen."

Walter Scheel, Interview mit der finnischen Zeitschrift "Suomen Kuvalehti" (Bulletin 91/1973):

"Deutschland liegt geographisch im Zentrum Europas. Es wird geteilt durch die Grenze, die Europa in West und Ost teilt. Eine Politik, die für Europa mehr Sicherheit und mehr Zusammenarbeit bringen soll - die Entspannungspolitik -, muß daher Deutschland umfassen. Ja, sie setzt sogar voraus, daß die Lage in Deutschland nicht mehr Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen ist."

Helmut Schmidt, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In: Neue Gesellschaft, März 1972:

"Entspannung ist nicht statisch. Sie ist kein Selbstzweck, sie ist auch mehr als nur der Versuch, die "Realitäten" in Europa einvernehmlich zu beschreiben. Entspannung bedeutet, auf der Grundlage der Realitäten, ihrer Probleme und Konflikte - wirklicher und potentieller - einen modus vivendi gemeinsam zu definieren, vertraglich zu formulieren und dabei ausschließlich friedliche Mittel für Lösungen zu akzeptieren. In verstanden, ist Entspannungspolitik dynamisch: Sie beendet die "Kra der Fronten" (Nixon) und leitet anstelle des Kalten Krieges eine Periode der Zusammenarbeit ein. Unsere Entspannungspolitik ist Abschluß, Eingriff und Ausgangspunkt zugleich.

Entspannung ist kein einmaliger Akt, sondern ein langwieriger Prozeß, der sich naturgemäß in Phasen vollzieht und sich von Station zu Station verschiedener Instrumente bedienen muß, der bilateralen und multilateralen Vertragspolitik genauso wie der Nutzung vorhandener multilateraler Strukturen für Zwecke der Ost-West-Näherung. Unsere Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen, das Viermächteabkommen über Berlin waren in Europa die wichtigsten beiden Stationen am Beginn; ihr Inkrafttreten wird die dritte Station markieren, der als vierte eine Konferenz über die Sicherheit in Europa folgen kann."

Helmut Schmidt, Bundestagsprotokoll vom 29. Januar 1976:

"Ebenso auf Ausgleich bedacht, halten wir in den Ost-West-Beziehungen an der Politik der Entspannung fest. Unsere Politik für die deutsche Nation können wir nicht isoliert betreiben, wir müssen sie nach wie vor einbetten in den auf Entspannung und Zusammenarbeit gerichteten Prozeß der Außenpolitik insgesamt. Wir müssen nach Westen und nach Osten die Stetigkeit wahren, die Kontinuität. Wir müssen glaubhaft bleiben, Vertrauen erhalten und nach Vertrauen hinzugewinnen.

In der Debatte über einen der ersten Berichte zur Lage der Nation, der damals vom Bundeskanzler Kiesinger erstattet worden war, habe ich heute vor acht Jahren im Bundestag drei Voraussetzungen für eine langfristige und zäh zu verfolgende Entspannungspolitik genannt: Erstens. Unsere innere demokratische Ordnung in der Bundesrepublik muß fest gefügt bleiben.

Zweitens. Unsere Ost- und unsere Deutschlandpolitik müssen mit unseren Verbündeten abgestimmt sein.

Drittens. Wir dürfen die Sicherheit Westeuropas, der Bundesrepublik und West-Berlins nicht gefährden, d.h., das Kräftegleichgewicht in Europa muß aufrechterhalten bleiben.

(...)

Entspannung aufgeben bedeutet, die Menschen wieder voneinander zu trennen, die doch gerade eben erst angefangen haben, hier und da teilweise aufeinander zuzugehen.

Was nun Polen angeht, so gilt es, mit einem Volk ins reine zu kommen, das in seiner Geschichte unendlich viel hat leiden müssen, auch durch Deutsche, - das auch andere leiden gemacht hat.

Wir Deutschen in der Bundesrepublik spüren die Verpflichtung, die aus der Geschichte erwächst. Wenn die Vereinbarungen, die wir mit Polen getroffen haben, nicht wirksam gemacht würden, so stellten wir damit praktisch alles in Frage, was bisher an Aussöhnung geschehen ist.

Wir stellen das in Frage, was an Aussöhnung noch hinzukommen kann und muß."

Helmut Schmidt, Regierungserklärung vom 17. Mai 1974:

"Die internationale Entwicklung, meine Damen und Herren, zeigt uns, daß es richtig war, mit der Vertragspolitik gegenüber unseren östlichen Nachbarn die Chance nicht zu versäumen, unsere eigenen Interessen mit dem weltweiten Entspannungsprozeß zu verbinden und sie in diesem Zusammenhang zu verfolgen. Die Verträge von Moskau und Warschau und der demnächst vom Deutschen Bundestag zu ratifizierende Vertrag von Prag sind Ergebnisse unserer internationalen Entspannungsbemühungen.

Das daraus resultierende Viermächte-Abkommen über Berlin hat die Lebensfähigkeit Berlins auf eine sichere Basis gestellt und hat zur Befriedung in Mitteleuropa beigetragen. Die Bundesregierung wird ihrerseits alles tun, um die Lebensfähigkeit Berlins zu sichern, um das Vertrauen der Berliner in ihre Zukunft zu stärken und um die Bindungen ihrer Stadt an die Bundesrepublik Deutschland aufrechtzuerhalten und sie weiterzuentwickeln.

Mit ihrer Vertragspolitik hat die sozial-liberale Koalition, insbesondere durch den Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, der Politik

den praktischen Weg eröffnet, in Deutschland zu einem geregelten Miteinander zu kommen. Wir werden trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge in dem Bemühen nicht nachlassen, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern.

A Dokumente der Entspannungspolitik

Begründung des Nobelkomitees für die Verleihung des Friedensnobelpreises.

In: Friedensnobelpreis 1971 für Bundeskanzler Brandt. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1971.

Die Vorsitzende des Komitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises, Lagtingspräsidentin Aase L j o n ä s, begründete am 20. Oktober 1971 die Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 an Bundeskanzler Willy Brandt mit folgenden Worten:

"In der ganzen Nachkriegszeit stellte das politisch ungelöste Deutschlandproblem eine latente Gefahr für den Frieden dar. Viele gute Kräfte haben sich in diesen Jahren eingesetzt in dem Versuch, Entspannung in dieses gefährliche, internationale Spannungsfeld zu bringen.

Das Nobelkomitee des Norwegischen Storting hat heute den Friedensnobelpreis für 1971 Bundeskanzler Willy Brandt zuerkannt. Das Nobelkomitee hat durch diese Wahl die Zweckbestimmung in Alfred Nobels Testament zu verwirklichen gesucht. Bundeskanzler Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.

Die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung sind eine politische und militärische Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa. Das Nobelkomitee mißt der Tatsache Bedeutung bei, daß Willy Brandt sowohl als Außenminister der Bundesrepublik seit 1966 als auch als Bundeskanzler seit 1969 konkrete Initiative für eine solche Entspannung ergriffen hat.

Das Komitee hebt die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und die Unterzeichnung der Verträge mit Polen und der Sowjetunion über den Gewaltverzicht hervor. Das Komitee verweist weiter auf seine Bemühungen, der Bevölkerung von West-Berlin grundlegende Menschenrechte wie persönliche Sicherheit und volle Bewegungsfreiheit zu sichern.

Willy Brandt sieht eine Stärkung der Zusammenarbeit in Westeuropa als einen integrierten Teil eines Friedensplans für ganz Europa an. Auch bezüglich der Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Westeuropa hat der Bundeskanzler wichtige Initiativen ergreifen.

Das Arbeitskomitee sieht in diesen Gesamteinblick einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt."

(Inoffizielle Übersetzung aus dem Norwegischen)

The Times vom 11. März 1970:

"Die Bundesrepublik hat instinktiv ihre eigenen Interessen verteidigt, als sie führte, das die Früchte einer zehnjährigen schwierigen Entspannungspolitik gefährdet wurden, einer Politik, die dazu geführt hat, daß Handels- und andere Kontakte mit Ostdeutschland und dem Rest Osteuropas im Aufbau werden konnten, die Zufahrtswege nach Berlin gesichert werden konnten, und die es deutschen Vorkriegsgenossen ermöglichte, aus Polen und der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland auszuwandern."

Le Monde vom 2. Februar 1970:

"Die Bundesrepublik Deutschland hat eine weniger abstrakte Sicht von der Entspannung als die Vereinigten Staaten ... eine menschliche Dimension, die Jimmy Carter erlangt."

Sunday Telegraph vom 20. Januar 1980:

"Im Falle Westdeutschlands sind die politischen Schwierigkeiten, die eine Verschärfung der Spannungen mit Moskau bedeuten würden, größer wegen der Ostdeutschen, die erheblich von der Entspannungspolitik profitierten... Bonn hat sicherlich jeden Grund, lange und gründlich nachzudenken, bevor es sich an der Rückkehr zu den Bedingungen des Kalten Krieges beteiligt, da sie das deutsche Volk als Ganzes weitaus grausamer treffen könnten als jemanden sonst."

La Vanguardia vom 23. Mai 1970:

"Sein endgültiges Debüt auf der politischen Szene gab Deutschland mit der "Öffnung zum Osten" unter der Regierung Brandt/Scheel. Die "Ostpolitik" Brandts war ein Produkt der Entspannung zwischen Rußland und Amerika, gewann aber nach und nach an eigenem Profil. Mit zunehmendem Gewicht der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Gefüge und wachsendem Engagement des Kanzlers Helmut Schmidt bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise (man denke an die Wirtschaftskrise von Bremen und Bonn im vergangenen Jahr) nahm dieses Profil Konturen an."

Financial Times vom 24. April 1970:

"Gleichzeitig hat die Ostpolitik Westdeutschlands im Osten eine Lage geschaffen, die in diesem Ausmaß in keiner Weise vor zehn Jahren bestand, als Kanzler Willy Brandt an die Macht kam. Deutsches Beziehungen mit den meisten osteuropäischen Ländern sind normaler geworden."

H. Kollat, polnischer Journalist, WDR-Morgenmagazin vom 21. November 1977:

"Was die Bundesrepublik betrifft, das Bild hat sich sehr gewandelt seit der Unterzeichnung des Vertrages im Jahre 1970 durch Willy Brandt, dann durch diese Begegnung zwischen Helmut Schmidt und Edward Giersek in Helsinki, die sehr wichtig war, weil sie die Schwierigkeiten, die großen Schwierigkeiten auf dem Wege der Normalisierung durchgebrochen haben."

Neue Zürcher Nachrichten vom 8. Dezember 1970:

"Fest steht schon heute ohne Zweifel, daß Bonn mit seiner Ostpolitik in Europa eine große Bewegungsfreiheit gewinnen konnte. Brandt hat erreicht, was de Gaulle erstrebte. Der Tiefe Graben, der Ost- und Westeuropa trennte, konnte dadurch noch nicht zugeschüttet werden, aber daß nun doch mit einem Brückentau in beiden Lagern begonnen worden ist, allen Bremsversuchen zum Trotz, läßt sich nicht länger bestreiten."

Prawda vom 13. August 1970:

"Der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD ist ein äußerst wichtiger Beschluß. Es ist ein politischer Akt, der durch das Leben selbst diktiert wurde. Er entspricht den Interessen des Friedens auf lange Sicht."

Das unterzeichnete Dokument legt ein Fundament für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland sowie für die Festigung der europäischen Sicherheit."

#### IV. WIDERSTAND UND WENDE

Die Haltung der CDU/CSU zur Ost- und Deutschlandpolitik

##### 1. Schatten der Vergangenheit (1969 - 1982)

Die Haltung der CDU/CSU-Opposition zur sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik war von Anfang an durch vehementen Widerstand charakterisiert. Das zeigt allein schon das Abstimmungsverhalten: Keine Ja-Stimme zum Moskauer und Warschauer Vertrag, vier Ja-Stimmen zum Grundvertrag mit der DDR; die überwiegende Mehrheit lehnte den Entschließungsantrag von SPD und FDP vom 25. Juli 1975 (Zustimmung zu den Ergebnissen der KSZE) ab. Die ablehnende Haltung der Union hat ihr in der Bevölkerung den Ruf einer "Nein-Sager-Partei" eingetragen. Mehr noch: Schon damals ahnten besorgte Stimmen, daß die CDU/CSU mit ihrem Abstimmungsverhalten ostpolitisches Vertrauenskapital verspielte, das eine spätere Unionsregierung einmal dringend benötigen könnte. Ausnahmen bestätigen die Regel. So sah Leisler Kiep in der KSZE richtigerweise "ein Instrument einheitlicher westlicher Politik und nicht ein Instrument sowjetischer Hegemonialpolitik". In derselben Konferenz konnte Strauß dagegen nur "wieder ein kommunistisches Unternehmen, das den Zweck hat, das nichtsozialistische Europa unter kommunistische Hegemonie zu zwingen", erkennen.

Tief verwurzelte Feindbilder lenkten das Verhalten. Statt nüchternen Analysen der Wirklichkeit dominierten die in der Adenauerzeit geschaffenen emotionsgeladenen einfachen wie falschen Weltbilder, die durch ihren schematischen Antikommunismus von der Pflicht, die Folgen des von Deutschland begonnenen Krieges zu tragen, ablenkten und eine nachhaltige Auseinandersetzung mit den nationalistischen und faschistischen Verfehlungen und Verbrechen des Deutschen Reiches verhinderten.

Hinter vielen schrillen Stimmen verbargen sich auch traumatische Gefühle, die aus der Niederlage und dem Untergang des Reiches resultierten. Der Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre oft bemühte Vergleich mit der Weimarer Republik hat hierin in der Tat einen Grund. In der Weimarer Republik beschimpfte die deutsch-nationale Rechte sozialdemokratische Politiker wegen der Unterzeichnung des Versailler Vertrages als "Novemberverbrecher". Ähnlich geißelte die Rechte in der Bundesrepublik die Ostverträge als "zweites Versailles" und "Austerlitz Deutschlands", Billy Brandt wurde als "Verzichtskanzler" beschimpft; er sei "Vertreter des Systems von Jalta", lasse die Bundesrepublik "in Raten kapitulieren" und betreibe "Erfüllungspolitik gegenüber dem Osten".

Die ablehnende Haltung der Union gegenüber den Ostverträgen speiste sich aus unheiligen Traditionen: "Alles das sind Stationen einer Politik, deren Fortsetzung das Wort Adenauers in seinem höchstbäurlichen Sinne erfüllte, ein Wagnis der SPD bedeutete den Untergang Deutschlands", formulierte Windelen, - derselbe Windelen, der sich als Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen damit brüstete: "Wir sagen wieder offen, was wir denken, und wir tun, was wir sagen".

Fortschritte im Entspannungs- und Normalisierungsprozeß wurden kaum zur Kenntnis genommen, allenfalls wandelte sich die Argumentation, als offenbar wurde, welchen Einfluß die Schlußakte der KSZE auf die inneren Verhältnisse in einigen Ostblockstaaten hatte. So liegen auf den ost- und deutschlandpolitischen Positionen der Union stets die Schatten der Vergangenheit.

## 2. Von der Wende zum Ende der Entspannungspolitik (1982 - 1984)

Die Ost- und Deutschlandpolitik der von der Union geführten Regierung wird verständlich nur vor dem Hintergrund der skizzierten Haltung Ende der 60er und der gesamten 70er Jahre. Niemals hatte sich die Union zu den Verträgen von 1972 bekennen können. Daß die Ostverträge und der Grundvertrag bindendes Recht sind, ist ihr immer noch ein Ärgernis. Die Union leidet bis heute darunter, in einer Grundfrage der deutschen Politik besiegt worden zu sein.

Aus diesem Trauma resultieren die widersprüchlichen Verhaltensweisen - einerseits die offizielle Position des "pacta sunt servanda" und andererseits die Forderung nach der Revision der Verträge. Mehr und mehr setzten sich in der Union die Stimmen durch, die die Politik der Wende auch in der Ost- und Deutschlandpolitik durchsetzen wollten: "Ich habe nicht 13 Jahre gegen die Ostpolitik gekämpft, um im 14. Jahr ihre Kontinuität zu verkünden" tönte Strauß. "Die CSU fordert nachdrücklich eine Wende in der Deutschlandpolitik", so stößt Stoiber ins selbe Horn. "Die von der SPD begonnene Preisgabe deutscher Positionen darf nicht fortgesetzt werden" so bezeugt Dregger, wie schwer ihn die Last der Vergangenheit drückt.

Die vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und für Außenpolitik zuständigen Volker Rühle permanent verkündete Formel einer "Kontinuität plus neue Akzente" hat nur darin einen wahren Grund: In der Ost- und Deutschlandpolitik der unionsgeführten Regierung setzt sich der aus den 70er Jahren zum Überdruß bekannte Widerstand fort. Die "neuen Akzente" beschränken sich auf die Uminterpretation des von der sozialliberalen Koalition geschaffenen Vertragswerkes. Theo Waigel etwa macht keinen Hehl daraus, daß die neue Formel Etikettenschwindel ist: "Geschaffene Zustände müssen zur Kenntnis genommen werden. Aber: Verträge sind interpretationsfähig".

In seinen Regierungserklärungen hat Bundeskanzler Kohl zwar beteuert, daß die Ost- und Deutschlandpolitik durch das von der sozialliberalen Koalition geschaffene Vertragswerk bestimmt bleibe. Angesichts der immer lauter propagierten Revision der Ost- und Deutschlandpolitik haben diese Erklärungen die besorgte Öffentlichkeit im In- und Ausland zunächst beruhigt. Allen Beteuerungen zum Trotz aber schlägt die Wendepolitik auch in der Ost- und Deutschlandpolitik durch. "Entspannung (...) muß (...) auch un-  
terbrechbar sein", lautet offen die Devise der Union. "Diese Bundesregierung hat die Überwindung der deutschen Teilung wieder zu einem realistischen Ziel ihrer Politik gemacht" (Windelen).

Damit nicht genug: "Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland zu beschränken und die ost-deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben" versprach Zimmermann. "Wir brauchen eine Politik, die deutlich macht: Auch Ostpreußen ist deutsches Land" lautet bei Windelen die Konsequenz solcher Abstrusitäten. Dregger sagt, "daß die sogenannten Ostverträge formalisierte Gewaltverzichtsverträge sind, aber keine Grenzänderungsverträge".

Man sieht: Auf die "neuen Akzente", die die Union in der Ost- und Deutschlandpolitik setzt, fallen wiederum die Schatten der Vergangenheit. Wieder einmal wird die Union von der unbewältigten Geschichte eingeholt. Die geforderte Wende auch in der Entspannungspolitik markiert einen weiteren Rechtsruck.

Einige Beobachter sehen in der Wende der Ost- und Deutschlandpolitik zwar nur eine innenpolitische Stimmungsmache, eine Politik, wider die eigene Einsicht betrieben. Dennoch ist besorgniserregend, daß der ostpolitische Rechtsruck sich zusehends verselbständigt. Die Aussagen der Jungen Union zur polnischen Westgrenze stellen ein bedenkliches Warnzeichen dar. Es darf niemanden mehr wundern, daß unsere Nachbarn

mißtrauisch werden - auch wenn große Revanchismus-Vorwürfe unberechtigt sind. Bundeskanzler Kohl reagiert darauf wie ein Ertappter: "Dumm, ungerecht und abwegig" nennt er die Vorwürfe - statt die Stimmen der Geister, die er rief und die er nicht mehr los wird. Eigene Verantwortung, gar eine Schuld an der Klimaverschlechterung wird ignoriert. Die Abkehr von der Entspannungspolitik hat mehr als eine Verschlechterung des ost- und deutschlandpolitischen Klimas zur Folge; die diplomatischen Beziehungen werden einer unverantwortlichen Belastungsprobe ausgesetzt. Nicht einmal normale Staatsbesuche sind mehr möglich. Honeckers Absage war nur ein Anfang. Nachdem der Genscher-Besuch in Polen wegen undiplomatischer, vom rechten Flügel der Union durchgedrückter Programmpunkte gescheitert ist, hat jetzt Außenminister Genscher eine Reise nach Prag nur unter dem massiven Sperrfeuer des rechten Flügels der CDU und des rechten Flügels der deutschen Publizistik durchführen können. Die Ost- und Deutschlandpolitik der Unionsregierung ist illusionär und voller absehbarer Gefahren. Wer hier, jetzt und allen Ernstes die Deutsche Frage für "offen" erklärt, zerschlägt nicht nur ostpolitisches Porzellan, der zerschlägt auch das Fundament, auf dem die europäische Nachkriegspolitik aufgebaut ist. Große Mühen waren erforderlich, den Kalten Krieg zu überwinden und von der Politik der Stärke und der Konfrontation zu einer Politik der Verhandlung, des Vertrauens und der Kooperation zu finden, um, mit anderen Worten, einen Weg nach vorne zu öffnen, auf dem die unmenschlichen Folgen der Teilung Deutschlands und Europas wenn nicht beseitigt, so doch erträglicher gestaltet werden konnten. Wer wortgleich mit dem Weinberger-Flügel der jetzigen konservativen US-Administration die Entspannungspolitik in aller Öffentlichkeit zu Grabe trägt, nimmt unweigerlich in Kauf, daß auf deutschem Gebiet wieder schwer erträgliche Spannungen entstehen. Die Folgen kennen wir aus der Vergangenheit, als es die Ostverträge noch nicht gab.

Wer den Rückfall in die längst überwunden geglaubten Zustände der 50er und frühen 60er Jahre einkalkuliert, muß sich fragen lassen, ob er seinem Amtseid, "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden", noch Folge leisten kann oder will.

Dies gilt übrigens gerade auch dann, wenn man diesen Eid auf das gesamte deutsche Volk in beiden deutschen Staaten beziehen will. Denn die nun wirklich unbezweifelbare Lehre der Geschichte ist es, daß derjenige dem deutschen Volk mehr Schaden zufügt als von ihm abwendet, der durch illusionäre Politik und Aufbau von Spannungen die deutsche Spaltung vertieft. Dies gilt auch ganz konkret für die Lebensbedingungen der Menschen im anderen deutschen Staat und unsere Bindungen und Verbindungen zu ihnen.

Wir meinen keineswegs, daß etwa jedes Nachdenken oder jede Bemühung zur Überwindung der deutschen Spaltung bereits ein Zeichen reaktionärer Gesinnung sei. Im Gegenteil: Gerade weil uns die Einheit der Deutschen am Herzen liegt, erfüllt uns die Gefährdung der Ost- und Entspannungspolitik durch die gegenwärtigen Regierungsparteien mit Sorge, denn sie vertieft die Spaltung. Die Spaltungen, Gegensätzlichkeiten und Fremdheiten zwischen den beiden deutschen Staaten abzubauen, die Deutschen einander näherzubringen, war und bleibt ein Grundmotiv unserer Politik. In diesem Sinne denken wir über eine zweite Ostpolitik, über Deutschlands Zukunft nach.

Die Art und Weise, wie aber jetzt die Deutsche Frage von den Konservativen wieder als "offen" hochgespielt wird, bewirkt das Gegenteil, bedeutet Rückfall hinter die mit der Ost- und Entspannungspolitik gelegten Voraussetzungen. Wer fahrlässig die "Wiedervereinigung Deutschlands" als Ziel proklamiert, ohne anzugeben, welche Rolle beide bestehende Staaten in Deutschland in einem solchen Konzept spielen sollen, nährt nicht nur Realitätsblindheit; er gerät auch in den Verdacht, die Realität der DDR noch immer nicht zu akzeptieren. Das kann die deutsche Spaltung nur vertiefen. Und wer gar die

bestehenden Grenzen in Europa in Frage stellt, der spielt wirklich mit dem Feuer.

Deutsche Gemeinsamkeit muß heute in erster Linie bestehen in einer gemeinsamen Politik für das, was heute überlebenswichtig ist und die Voraussetzung für jede weitere Annäherung bedeutet: Die gemeinsame Anstrengung, den Satz, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, nicht zur Phrase verkommen zu lassen. Gemeinsam innerhalb der Blöcke auf Abrüstung und Entspannung zu drängen.

Die fruchtlose Diskussion, ob die Deutsche Frage offen sei, sollte beendet werden. In jenem alten - gegen die Realität der DDR gerichteten - Sinn, in dem die Frage von den Konservativen heute aufgebracht wird, ist sie gewiß nicht mehr offen. Und sie kann in keinem vernünftigen und zukunftssträchtigen Sinn diskutiert werden, solange sie in jenem alten Sinn nicht endgültig begraben ist.

"Ich bin überzeugt davon, daß man die nationale Frage - als die Frage, welchen Weg das deutsche Volk in seinen zwei Staaten oder auch über sie hinaus gehen soll - weder verleugnen noch abwürgen kann. Aber patriotisch sein in Deutschland heißt zunächst: die Gemeinsamkeiten in unserem Volk zu wahren und auf unsere besondere Verantwortung für den Frieden in Europa bedacht zu sein. Und zwar mit der DDR, wo immer dies möglich ist." (Willy Brandt)

### 3. DOKUMENTE und ZITATE

Marcel Hepp, Ausverkauf hat begonnen. In: Bayernkurier, 11. Oktober 1969:

"Hier und heute beginnt der Ausverkauf Deutschlands, und die FDP kann sagen, sie sei dabei gewesen. Der Links-Kanzler Brandt verhält sich wie ein Bilderbuch-Sozi: er bestätigt unsere kühnsten Verdähte. Weder der Beifall von der falschen Seite, aus dem Osten, noch die französischen Vorbehalte, noch das distanzierte Zaudern Washingtons bringen ihn zur Vernunft. Seine vorläufigen Franc-tirer-Posaunen Einzelheiten der neuen alten Brandtschen Außenpolitik im Ausland herum. Helmut Schmidt kündigt in England wider besseres Wissen eine baldige Unterschrift Bonns unter den Atomsperrvertrag an. Was soll aus unserem Vaterland werden, wenn ein Kanzler Kiesinger nicht mehr über die Böcksprünge seines ehemaligen Außenministers wacht, wenn niemand mehr da ist, der an die Brandtschen Ergüsse die Hand des Korrektors anlegt, damit die deutschen Interessen nicht für ein schäbiges Butterbrot veräußert werden?"

Die SPD ist zu schlapp, gegen das zweite Versailles, gegen den programmierten Untergang deutscher Wirtschaftskraft Front zu machen. Weil Moskau es wünscht, hat die graue Kamarilla um die Gallionsfigur Brandt die Unterschrift beschlossen, Egon Bahr und Leo Bauer wünschen Deutschlands Kapitulation. Und die FDP mit frivolem Egoismus liefert die Majorität zum verhängnisvollen Spiel. Wenn diese Koalition der Komplexe wenigstens abgewartet hätte. Denn schon zögerte Japan nachdrücklich mit seiner Unterschrift, schon opponierte die Schweiz, schon hatte sich Indien zu einem definitiven Nein durchgerungen, schon war Brasilien und sein südamerikanischer Nachbar Argentinien auf dem Wege, unser Bundesgenosse zu werden.

Die Weltmeinung machte gegen das Vertragswerk mobil. Nur die Deutschen unter Brandt laufen in die Falle. Wir sind dabei, von einem Extrem ins andere zu fallen: erst möchten wir den Sperrvertrag mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht verwerfen, dann unterschreiben wir ihn Moskau zuliebe. Einfach, um im Osten am angeblich vorhandenen Gesprächsklima zu laborieren.

Aber eines stehts heute schon fest: Brandt wird immer lavieren und laborieren. Er wird das Vergnügen haben, als schwächster Kanzler der Bundesrepublik zu figurieren. Vom linken Flügel seiner Partei unter Druck

gesetzt, von seiner zwielichtigen Umgebung gemanagt, von der Gnade der FDP abhängig, von seiner Publicity-Sucht getrieben, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.

Gewiß, es schwankt ohnedies. Aber Brandt wird als Verzichtskanzler geschichtsmächtig werden, wenn er lange genug Gelegenheit hat, sein anti-europäisch-prosojetisches Programm in die Tat umzusetzen. Wer den Atomsperrvertrag unterschreibt, bevor die Minimalien der Souveränität geregelt sind, ist ein Großphantast, rührend naiv, fatal konsequent, selbstmörderisch progressiv.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft komme über Brandt und seine Berater. Den Untergang der deutschen Souveränität haben diese Leute dann ohnehin verschuldet.

Die Unionsparteien sind durch die Manipulation der FDP dazu verdammt, um Deutschlands Souveränität aus der Opposition heraus zu kämpfen. Die Koalition FDP und SPD wird das historische Verdienst haben, die Bundesrepublik an den Eingang zum Sowjetsystem gerückt zu haben, über dem eigentlich die Inschrift von Dantes Hölle stehen müßte: Die Ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren."

Rainer Barzel in der 1. Beratung der Ostverträge im Bundestag am 23. Februar 1972:

"So sehen wir allein die weitergreifenden Forderungen der Kommunisten 'sicherer' geworden. Wir sehen, wie der Wille unserer Gegner - unser, als Demokraten, aller Gegner - stärker wird und wie zugleich der Wille schwächer wird, sich für unsere gute und gerechte Sache einzusetzen. Das kommt, wenn man die wirklichen Spannungsursachen mit den Forderungen der Kommunisten verwechselt. Die wirklichen Spannungsursachen: das ist die Verweigerung von Menschenrechten in Deutschland und in Europa und nichts anderes. Die Forderungen der anderen sind weitgehend ohne Gegenleistung erfüllt, und die Entspannung beliebt aus. Warum?"

Weil man eben die Spannungsursachen mit den wirklichen Spannungen verwechselt hat. Wer eigentlich verunsichert in Europa den Frieden? Doch nicht die Deutschen, die Freizügigkeit wollen, oder etwa das Offensein der deutschen Frage bei gleichzeitiger Erklärung, diese Politik nur mit friedlichen Mitteln führen zu wollen. Wer verunsichert den Frieden in Europa? Etwa das Bündnis oder die deutsche Politik, die ein für allemal kontrolliert, verfassungskräftig und völkerrechtlich wirksam auf Gewalt verzichtet hat? Oder etwa unsere Vertriebenen, die Ausgleich nicht nur zu ihrem Programm, sondern auch zu ihrer Praxis gemacht haben? Nein, hier in der freien Welt verunsichert keiner den Frieden, sondern der wird von anderswoher verunsichert. Deshalb können allein Änderungen von Tatsachen den Frieden sicherer machen. Diese Tatsachen hat die Bundesregierung bisher nicht geschaffen. Von Aussöhnung spüren die Menschen nichts. Die Politik dieser Bundesregierung führt nicht zu mehr Freiheit, sondern zu mehr Abhängigkeit; nicht zum Brückenschlag, sondern zur Verhärtung. Sie bringt nicht das Innerdeutsche Miteinander, sondern sie organisiert und institutionalisiert die Rivalität und die Spannung.

(...)

Deshalb sagen wir: So nicht!"

Franz Josef Strauß in der 1. Beratung der Ostverträge im Bundestag am 24. Februar 1972:

"Erstens: Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völkern, sondern der Befriedigung der Wünsche Ihrer Machthaber.

Zweitens: Sie bieten keine humanitären Erleichterungen, sondern bringen zunächst eine Verschärfung der Unterdrückung.

Drittens: Die Verträge dienen nicht der Entspannung, wenn man unter 'Entspannung' die Beseitigung der Spannungsursachen versteht.

Viertens: Die Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes.

Fünftens: Diese Verträge sind auch eine Ermutigung für die Linksradikele, die diese Politik seit 20 Jahren in unserem Lande gefordert haben.

Sechstens: Diese Verträge stehen nicht für sich allein da. Sie sind Bausteine einer sowjetischen Weststrategie.

Siebtens: Die europäische Friedensordnung sowjetischer Vorstellung steht in unaufhörlichem Gegensatz zur Bildung einer westeuropäischen politischen Gemeinschaft.

Achtens: Diese Verträge sollen nach der Vorstellung der Sowjets die Bundesrepublik Deutschland stärker in ihr Nachtsystem und dessen Zielsetzungen einbinden.

Neuntens: Diese Verträge sollen verhindern, daß sich die Entwicklung vom Dreieck zum Fünfeck in der Weltpolitik weiter vollzieht. Diese Verträge machen nicht den Frieden sicherer, sondern sie sichern den Sowjets die Rückenfreiheit in der globalen Konstellation, von der ich in der Kürze der Zeit nur kurz sprechen konnte.

Nach diesen Kriterien ist das Ja oder Nein zu diesen Verträgen zu ermeszen. Ich komme zu folgender Schlußfolgerung. Das Ja ist ein Übel und das Nein bringt neue schwere Belastungen und Aufgaben mit sich. Wenn ich aber zwischen dem Ja und dem Nein zu wählen habe, entscheide ich mich für das Nein als das kleinere Übel. Die Bundesregierung hat uns und die deutsche Politik in diese Lage manövriert. Ein Ja zu diesen Verträgen bedeutet einen Bruchpunkt auf der Straße ins Unheil. Außenpolitische Fehler werden in dem Zeitpunkt, in dem sie begangen werden, nie erkannt. Sie werden oft erst nach Ablauf einer Generation oder eines halben Jahrhunderts rückwirkend als Bruchpunkt auf der Straße zum Unheil erkannt. Meine politischen Freunde und ich sind der Überzeugung, daß diese Verträge in der vorliegenden Fassung, die über den militärischen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hinausgeht, einen Bruchpunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeuten auf einer Straße, an deren Ende nur Unheil stehen kann."

Helmut Kohl, DEUTSCHLAND-UNION-DIENST 7. Februar 1972:

"Die machtpolitische Fähigkeit der Sowjetunion, die Spaltung Deutschlands aufrecht zu erhalten, wird im Moskauer Vertrag mit deutscher Unterschrift durch Rechtstitel ergänzt, über die sie bisher nicht verfügte und deren Eringung sie als einen Sieg der beharrlichen Politik des kommunistischen Lagers feiert. Nach Auffassung der Landesregierung ist dieser wesentliche politische Gewinn - die Preisgabe oder Aushöhlung deutscher Rechtspositionen und die Ausweitung der sowjetischen Legitimationsbasis - der entscheidende Grund für das überragende Interesse der Sowjetregierung am Moskauer Vertrag."

Heinrich Windelen, DEUTSCHLAND-MAGAZIN Oktober 1972:

"...alles das sind Stationen einer Politik, deren Fortsetzung das Wort Adenauers in seinem buchstäblichen Sinne erfüllte, ein Wahlsieg der SPD bedeutete den Untergang Deutschlands."

CSU: "Deutschlandpolitisches Grundsatzpapier" der CSU-Landesgruppe Februar 1978

Auszüge

Die deutsche Staatlichkeit

Die deutsche Staatlichkeit ist die des Deutschen Reiches. Entgegen einer in Ihrer Zielrichtung durchsichtigen Propaganda hat dieses Reich den Zusammenbruch von 1945 überdauert, es besteht heute noch.

Weder die bedingungslose Kapitulation noch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Besatzungsmächte noch die staatliche Neuorganisation in den drei Westzonen und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bewirkten den Untergang des Reiches:

(...)

Zur heutigen Rechtslage

Heute interessiert in erster Linie, in welchem rechtlichen Verhältnis die Bundesrepublik Deutschland und das von der SED beherrschte Mitteldeutschland zueinander stehen, wengleich auch die Frage des Status der Oder-Neiße-Gebiete und solcher Reichsteile, die außerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937 liegen, von großer Wichtigkeit ist.

(...)

Die "DDR" ist somit nach wie vor Provisorium, als solches immer noch Bestandteil des rechtlich weiterexistierenden deutschen Gesamtstaats und daher für die Bundesrepublik Deutschland als das den Gesamtstaat fortsetzende Staatswesen keinesfalls Ausland.

Auf die völkerrechtliche Anerkennung als Staat durch die Staatengemeinschaft kann es hier nicht ankommen. Anerkennungen wirken nicht konstitutiv, sondern nur deklaratorisch, sind also hinsichtlich der Frage der völkerrechtlichen Effektivität eines Staates allenfalls Indizien - Indizien, die dann wenig Beweiskraft haben, wenn die Beweise für das Gegenteil so erdrückend sind wie hier.

(...)

Innerdeutsche Verhandlungen dürfen nur auf solche Abmachungen abzielen,

(...)

- die über Reiseerleichterungen und Familienzusammenführungen hinausgehen und ganz allgemein auf die Verwirklichung der Menschenrechte in Mitteleuropa gerichtet sind,
- die die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr isoliert voneinander behandeln und insbesondere die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile durch die Bundesrepublik Deutschland nur noch unter der Bedingung zusichern, daß die andere Seite politische Zugeständnisse macht,

(...)

- die den Gedanken der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit - das unverzichtbare Endziel jeder deutschen Politik - unter keinen Umständen schwächen, sondern stärken, wann immer dies möglich ist.

(...)

Die CSU-Landesgruppe bekennt sich zu dieser Verpflichtung (zur deutschen Einheit), und übernimmt sie in Obereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem hierauf beruhenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum innerdeutschen Grundlagenvertrag als bindenden politischen Auftrag. Sie ist entschlossen, jedes zulässige und geeignete Mittel einzusetzen, um diesen Auftrag zu erfüllen.

#### Die deutsche Teilung friedlich Überwinden

##### Rede von Bundesminister Windelen in Essen

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hielt auf dem 19. Bundestreffen der Landsmannschaft der Oberschlesier am 10. Juni 1984 in Essen folgende Rede:

"Ich freue mich, daß ich als Niederschlesier heute, am Tag der Oberschlesier, beim 19. Bundestreffen ihrer Landsmannschaft dabei sein kann, um zu Ihnen zu sprechen. Ich überbringe Ihnen aus die Grüße der Bundesregierung und des Bundeskanzlers.

Ein Treffen der Oberschlesier in Essen, der traditionsreichen Stadt im Revier an Rhein und Ruhr, hat seine besondere Bedeutung. Als hier im vergangenen Jahrhundert die industrielle Entwicklung begann, waren es tausende von Oberschlesiern, die hierher kamen, um mit ihren Erfahrungen an dem Aufbau dieser Bergbaugebiete mitzurufen.

Nach dem schrecklichen Ende des Zweiten Weltkrieges kamen wieder viele tausende Oberschlesier, die aus ihrer Heimat vertreiben wurden, in die zerstörten Städte des Ruhrgebietes, um am Aufbau unserer Wirtschaft und unserer neuen politischen Ordnung zu helfen. Und noch bis heute kommen viele unserer Landsleute hierher, wenn ihnen die Ausreise aus Oberschlesien ermöglicht wird. Ich grüße daher ganz besonders alle, die heute zum ersten Mal an einem Bundestreffen der Oberschlesier teilnehmen können. So schwer der neue Anfang auch sein mag, Sie leben hier in Frei-

heit - unter deutschen Landsleuten.

Die Vertriebenen haben schon sehr früh in der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 ein Beispiel an Besonnenheit, Einsicht und nationaler wie europäischer Gesinnung gegeben. Sie haben auf Rache und Vergeltung verzichtet. Sie haben sich zu einer europäischen Zukunft bekannt und alles unterstützt, was auch der Schaffung eines geeinten Europas dient, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

Europa ist bis heute gespalten. Besonders betroffen ist unser Vaterland, das, für jeden sichtbar, durch Mauer und Stacheldraht getrennt ist. Diese schreckliche Grenze macht es deutlich, daß die Teilung Deutschlands und Europas vor allem eine Frage der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes ist.

Sie besteht bis heute, weil den Völkern Ostmitteleuropas und den Deutschen im anderen Teil unseres Landes das Selbstbestimmungsrecht und das Recht, selbst über ihre Gegenwart und Zukunft zu bestimmen, vorenthalten wird. Unsere Trennung kann nur überwunden werden, wenn die Teilung Europas überwunden wird.

Diese Bundesregierung hat die Überwindung der deutschen Teilung wieder zu einem realistischen Ziel ihrer Politik gemacht. Unsere Deutschlandpolitik dient dem einen Ziel, die Teilung Deutschland und Europas friedlich zu überwinden. Es ist eine Politik aus europäischer Verantwortung. Deutsche Politik ist damit wieder berechenbar geworden.

Wir sagen wieder offen, was wir denken, und wir tun, was wir sagen. Das schafft Klarheit und Vertrauen. (...)

Trotz dieses Ergebnisses wurde das Land, das durch Jahrhunderte eine einheitliche Entwicklung genommen hatte, durch eine Grenze getrennt. Ein historisch gewachsenes Land wurde geteilt. An eben dieser Grenze begann 1939 der Zweite Weltkrieg, an dessen katastrophalen Folgen wir noch heute leiden. Den Oberschlesiern war Selbstbestimmung versprochen, dann aber verweigert worden.

Aber diese Auseinandersetzungen haben mit dazu beigetragen, das Selbstbestimmungsrecht als eines der wichtigsten Freiheitsrechte weltweit bekanntzumachen. Und diese von den Alliierten überwachte geheime Abstimmung hat nachgewiesen, daß Schlesien deutsches Land war, dessen Bewohner sich zu ihrem geschlagenen, aus vielen Wunden blutenden Vaterland

bekannt. Die Erfahrungen aus dem Abstimmungskampf in Oberschlesien sind für uns auch heute noch aktuell. Sie zeigen, daß nur die konsequente Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes Frieden und Ausgleich zwischen den Völkern schaffen kann.

Auch heute leben noch über 1 Million Deutsche in Osteuropa. Ein großer Teil in der heutigen Volksrepublik Polen, und hier besonders in Oberschlesien. Als Staatsminister Dr. Alois Mertens dies in einer Antwort auf die Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Carl Otto Lenz am 14. Dezember 1983 noch einmal bestätigte, hat es viele überrascht. Nur wenige haben über die menschenrechtliche Situation dieser Deutschen nachgedacht, die dort unter doppelter Bedrückung leben. Einmal müssen sie, wie die osteuropäischen Völker und unsere Landsleute in Mitteleuropa auch, in einem kommunistischen Machtsystem leben. Aber zum anderen sind sie noch zusätzlicher Unterdrückung ausgesetzt, weil sie Deutsche sind. Es werden ihnen elementare Freiheits- und Menschenrechte vorenthalten. Die Volksrepublik Polen leugnet einfach die Existenz einer deutschen Volksgruppe.

Wenn wir nun für unsere Landsleute die Rechte einer Volksgruppe fordern, so erwarten wir nur, was wir anderen zugestehen - auch den Polen in der Bundesrepublik Deutschland - und wozu sich Polen in internationalen Abkommen auch verpflichtet hat.

Natürlich wissen wir, wenn wir für Menschenrechte und einen Ausgleich mit Polen eintreten, daß die Völker Osteuropas noch immer vom politischen Willen der Sowjetunion abhängig sind. Aber dennoch werden wir beharrlich unsere berechtigten Forderungen stellen. Wir fordern daher heute die Volksrepublik Polen auf: Geben Sie den Deutschen in Oberschlesien Volksgruppenrechte, wie wir sie Polen bei uns selbstverständlich gewähren. Setzen Sie damit ein Zeichen, daß auch Sie friedlichen Ausgleich und europäische Verständigung wollen.

Ich begrüße hier ausdrücklich die Initiative der schlesischen Jugend, die am 23. Mai im Bundeskanzleramt ein Memorandum mit über 20 000 Unterschriften zur Lage der Deutschen im polnischen Machtbereich übergeben hat. Das Memorandum zeigt nicht nur klar und nüchtern die menschenrechtliche Situation auf, es macht zugleich auch Vorschläge, die niemand als revanchistisch abtun kann. Ich möchte mich für die Aktivität der schlesischen Jugend ganz besonders bedanken.

Wer weiß denn heute bei uns, daß in Oberschlesien Deutsch nicht einmal als Fremdsprache in den Schulen gelehrt wird. Kann sich jemand vorstellen, was es bedeutet, nicht einmal deutsch singen oder deutsch beten zu dürfen? Von deutschen kulturellen Vereinigungen ganz zu schweigen. Die Not dieser Menschen erleben wir, wenn Familien zu uns kommen, deren Kinder keine deutschen Vornamen mehr tragen durften und ihre Muttersprache verleugnen mußten.

Wir müssen den Polen sagen, die sich mit Recht und Stolz als alte europäische Nation verstehen, daß sie aus europäischer Verantwortung hier umdenken müssen. Ich danke deswegen der EVP-Fraktion der Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament für den Entschließungsantrag, der sich besonders mit den Menschenrechtsverletzungen in Oberschlesien beschäftigt. Alle westeuropäischen Regierungen werden dazu aufgefordert, die polnische Regierung auf die Mißachtung der Menschenrechte hinzuweisen. Die Mauern des Schweigens müssen eingerissen werden."

In einer Festansprache zum Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 30. Mai 1982 in Köln führte Heinrich W i n d e l e n, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, aus:

"Unser Bekenntnis zu einem ungeteilten Vaterland ist heute wichtiger denn je. Es gilt zu erfüllen, was allen Deutschen aufgegeben ist: In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Eine auf die Einheit Deutschlands gerichtete politisch gestaltende internationale Politik fehlt seit nunmehr 12 Jahren. Die Frage der Einheit Deutschlands beantwortet sich nicht allein aus dem Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. So wichtig dies auch ist. Wir brauchen eine Politik, die deutlich macht: Auch Ostpreußen ist deutsches Land.

Die deutschen Heimatvertriebenen werden auch in Zukunft nicht verzichten auf die Menschenrechte, auf das Selbstbestimmungsrecht, wie sie die Charta der Vereinten Nationen allen Völkern ohne Unterschied garantieren. Sie rufen die Mächtigen der Erde auf, endlich auch allen Deutschen das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung wiederzugeben.

Die Ostpreußen sind in besonderer Weise Erben und Träger preußischer Tradition. Preußischer Geist verkörperte sich im Eintreten für Recht und Gesetz, in Toleranz, persönlicher Zucht, freiwilligem Dienen und der uneigennütigen Leistung für Volk und Vaterland. In den Jahren des Wiederaufbaus ist dieses wichtige Erbe unserer ostdeutschen Heimat zu kurz gekommen. Viele spüren jetzt, daß unserer Bundesrepublik Deutschland jene Staatsgesinnung fehlt. Die wachsende Unzufriedenheit der Bürger mit Politikern und Parteien hat auch darin ihren Grund. Wir sollten die Pflege preußischer Tugenden nicht der DDR überlassen.

Die Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten ist ein hoffnungsvolles Zeichen. Was für Israel gilt, muß überall Gültigkeit haben. Gewaltsam erworbene Gebiete müssen zurückgegeben werden."

Aus der Ansprache des Bundesministers des Innern, Dr. Friedrich Z i m m e r m a n n, bei der Landesversammlung des Landesverbandes Bayern des Bundes der Vertriebenen am 29. Januar 1983 in München zum Thema "Die Vertriebenen und ihre Anliegen in der neuen Bundesregierung":

"Sie (die Bundesregierung) wird stets mit der gebotenen Deutlichkeit klarstellen, daß die Ostverträge und der Grundlagenvertrag mit der DDR weder eine Friedensregelung für ganz Deutschland vorwegnehmen, noch eine solche Regelung ersetzen. Dabei wird sie keinen Zweifel lassen, daß sie bei der Offenhaltung der deutschen Frage "von der im Grundgesetz vorausgesetzten, in ihm 'verankerten' Existenz Gesamtdeutschlands bei einem deutschen (Gesamt-)Staatsvolk und einer (gesamt-)deutschen Staatsgewalt" ausgeht. Diese Rechtsposition hat die Bundesregierung erst kürzlich im Deutschen Bundestag mit aller Deutlichkeit klargestellt. Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Heiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Vermögenswerte völkerrechtswidrig ist."

Alfred Dregger, SPD verläßt Gemeinsamkeit. In: Esslinger Zeitung,  
21. September 1984:

"Es gibt nur e i n e deutsche Nation und nur e i n e deutsche Staatsbürgerschaft. In allen Deutschen den Willen zur Einheit der Nation, zur gemeinsamen Kultur und Geschichte lebendig zu erhalten, ist ein Auftrag, den das Grundgesetz an uns richtet. Wenn wir als Demokraten und Patrioten unserer Verantwortung gerecht werden wollen, dann müssen die Sorge um den Zusammenhalt des deutschen Volkes über Mauer, Minenfelder und Stacheldraht hinweg und das unablässige Eintreten für die Menschenrechte aller Deutschen oberste Grundsätze unseres Handelns in der Deutschland-Politik sein.

Es sind Grundsätze, die zwischen den demokratischen Parteien unbestritten sein sollten. Noch am 9. Februar 1984 hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen eine Entschliebung ver-

abschiedet, in der es heißt: "Unser Land ist geteilt, aber die Deutsche Nation besteht fort... Es bleibt unsere Aufgabe, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Der Deutsche Bundestag bekräftigt das dem deutschen Volke zustehende Recht auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts." Heute, sieben Monate später, stellt sich die Frage, ob die SPD mit ihrem Ja zu dieser Entschliebung die Bürger in unserem Land nicht bewußt getäuscht hat. Denn die SPD befindet sich mittlerweile auf einem Weg, der aus dieser Gemeinsamkeit herausführt. (...) Die von der SPD 1969 begonnene Preisgabe deutscher Positionen darf nicht fortgesetzt werden. Nach der Präambel unserer Verfassung bleibt das gesamte deutsche Volk aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Wir wissen nicht, wann dies möglich sein wird. Aber eines wissen wir: Es liegt an uns, ob das Thema "deutsche Einheit" Gegenstand der Ost-West-Politik bleibt - oder nicht. Die SPD-Spitze hinterläßt den fatalen Eindruck, als sei sie innerlich längst bereit, Unrecht und Willkür für immer festzuschreiben - gegen das geltende Recht, gegen unsere Verfassung, gegen den Willen des deutschen Volkes.

Alfred Dregger, in: Die Welt, 23.8.1984

"Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, daß Herr Honecker uns die Ehre seines Besuches erweist."

Alfred Dregger, in: Neue Presse (Hannover), 13.5.1983

"Die DDR-Führung wird sich daran gewöhnen müssen, daß wir im Rahmen unserer Deutschlandpolitik die Akzente anders setzen werden. Zum Beispiel werden wir die deutschlandpolitischen Rechtspositionen nicht länger verschweigen, wie es die SPD-geführten Regierungen getan haben und dies, obwohl auch sie an eben diese Rechtspositionen verfassungsrechtlich gebunden waren. Wir werden es also nicht zulassen, daß die Rechtslage Deutschlands sozusagen von der Macht der Tatsachen überrollt wird..."

Alfred Dregger, Rede auf dem 17. Parteitag der Exil-CDU in Fulda am 11.3.1983 (Auszug):

"Es ist eine geschichtlich ungewöhnliche und für Europa schlimme Tatsache, daß 38 Jahre nach Einstellung der Kampfhandlungen noch keine allgemein anerkannten Friedensverträge zustande gekommen sind. Deshalb sollten wir daran festhalten, daß wir einen Friedensvertrag für Deutschland fordern, damit auch auf östlicher Seite daran ein Mindestinteresse erhalten bleibt sollten wir ferner daran festhalten, daß die sogenannten Ostverträge formalisierte Gewaltverzichtsverträge sind, aber keine Grenzänderungsverträge. Die Grenzen können endgültig erst in Friedensverträgen festgelegt werden, auf die auch die Völker Mittel- und Osteuropas, auf die also auch die Deutschen, einen Anspruch haben."

Volker Rühle im Bundestag am 12.9.1984

"Schon vor zwei Jahren habe ich klargemacht, daß unsere Deutschland-, Ost- und Außenpolitik unter der Überschrift läuft: Kontinuität plus neue Akzente. "Kontinuität" meint die Verträge mit der DDR, mit den anderen Staaten des Warschauer Pakts, die wir uneingeschränkt einhalten, die wir in praktische Politik umsetzen und die wir natürlich ausbauen wollen. Aber "neue Akzente" bedeuten die klare Positionsbestimmung unseres Staates im Ost-West-Verhältnis, uneingeschränkte Bündnistreue und die Absage an alle Neutralismusideen. Das bedeutet Ost- und Deutschlandpolitik ohne Illusionen über etwaige Konvergenzen zwischen demokratischem Sozialismus in der SPD und Realsozialismus in der DDR. Das bedeutet nicht zuletzt, daß wir nicht länger das Problem der offenen deutschen Frage, etwa aus Opportunismus, verschweigen. Um das noch einmal mit aller Klarheit zu sagen: Die Lösung dieser Frage bleibt auf der Tagesordnung der Geschichte. Sie ist derzeit nicht auf der aktuellen politischen Tagesordnung und kann deshalb auch nicht Gegenstand der operativen Tagespolitik sein. Es geht aber darum, vor der Weltöffentlichkeit klarzustellen, daß die deutsche Frage nicht durch die Vertragspolitik erledigt ist, sondern so lange bestehen bleibt, bis sie durch die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen beantwortet wird."

Theodor Waigel, Aspekte der Deutschlandpolitik der Union.  
In: Sonde, Okt. 1983 (Auszug):

"Natürlich kann Deutschlandpolitik 1983 nicht lediglich Fortsetzung der Politik der fünfziger Jahre oder von 1969 sein. In der Zwischenzeit sind Verträge geschlossen worden; so schlecht sie auch ausgehandelt sind, sie gelten. Geschaffene Zustände müssen zur Kenntnis genommen werden. Aber: Verträge sind interpretationsfähig und Tatbestände verbesserungswürdig. Entscheidend ist der Wille, von dem die Deutschlandpolitik getragen wird. Man hätte der Union vorgeworfen, sie wolle "das Rad der Geschichte zurückdrehen". Dies wollen wir nicht; es ist auch objektiv unmöglich."

Internes Papier von CDU/CSU für die Koalitionsgespräche für die künftige Orientierung der deutschen Außenpolitik. In: Frankfurter Rundschau, 30.3.1983

"(...) Wir halten an dem Ziel der deutschen und der europäischen Einheit fest.

18. Kontinuität in der Deutschlandpolitik ist für die CDU und CSU nur möglich in einer Kontinuität der Freiheit und Einheit. Sie steht auf den Grundlagen, die unter Konrad Adenauer formuliert, in der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 und durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 bekräftigt worden sind.

19. Das heißt für uns, die deutsche Frage nicht nur theoretisch offen zu halten, sondern für das deutsche Recht auf Einheit in Freiheit aktiv einzutreten. Alle Verfassungsorgane müssen beharrlich auf die Wiedervereinigung Deutschlands hinwirken.

20. Hierbei geht es uns um das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, um den Fortbestand des Deutschen Reiches nach geltendem Verfassungsrecht, um die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft, um die Verpflichtung zu gesamtdeutschem Bewußtsein und um das Ziel, die innerdeutsche Trennungslinie, die keine Grenze im völkerrechtlichen Sinn ist, mit friedlichen Mitteln zu überwinden. Das Deutsche Reich besteht in den Grenzen von 1937 fort. (...)

26. Bei aller Bereitschaft, die Vertragspolitik mit der DDR fortzusetzen und auszubauen, werden wir nicht zulassen, daß diese Vertragspolitik als Zementierung der deutschen Teilung mißverstanden oder in diesem Sinne mißbraucht wird. Alle innerdeutschen Verträge und Vereinbarungen sind - ebenso wie die Ostverträge - keine endgültigen Regelungen, sondern

beschreiben nur einen vorläufigen Zustand, der eines Tages im Sinne der Präambel unseres Grundgesetzes gewaltlos überwunden werden soll: "Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefodert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

27. Verstärkte Pflege des gesamtdeutschen Geschichtsbewußtseins und vermehrte Förderung des gesamtdeutschen Kulturerbes.

28. Aus Ihrer nationalen Verantwortung heraus ist die Bundesregierung jenen Deutschen, die durch Vertreibung, Flucht oder Aussiedlung ihre Heimat haben verlassen müssen und sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht haben, besonders verpflichtet.

29. Realistische Entspannungspolitik des Westens darf nicht auf dem Prinzip der Hoffnung, sie muß auf der Grundlage der Wachsamkeit aufgebaut sein. Die sogenannte Entspannungspolitik der SPD/FDP-Regierungen seit 1969 war zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht zur Kenntnis nehmen wollte, daß die Politik der Koexistenz und der Entspannung für die Sowjetunion die Fortführung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln ist.

30. Die Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zugunsten der Sowjetunion und die Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs im Jahrzehnt der sogenannten Entspannungspolitik waren die Folge einer falsch verstandenen und daher falsch angelegten Politik.

31. Wirkliche Entspannung ist nur unter drei Voraussetzungen möglich:  
- Was Entspannung ist und was Entspannung nicht ist, darf nicht von einer Seite bestimmt werden, sondern nur im gegenseitigen Einvernehmen.  
- Entspannung setzt eine ausreichende militärische Verteidigungsfähigkeit mit kriegsverhindernder Wirkung voraus und muß unteilbar, das heißt auch unterbrechbar sein, da sie sonst zum psychologischen Zwang wird.

- Wirkliche Entspannung muß geographisch unteilbar sein."

Alfred Sauter, Neuanfang auf bewährter Grundlage. In: Bayernkurier, 13.8.1983 (Auszug):

"Das Grundsatzprogramm der CSU beschreibt die Geschäftsgrundlage der Ost- und Deutschlandpolitik, die sich nicht in den Dienst der totalitären, kommunistischen Regime, sondern in den Dienst der Menschen in Ost und West zu stellen hat. Diese Geschäftsgrundlage war 1969 von der liberal-sozialistischen Bundesregierung aufgegeben worden. Die dilettantischen Ostverträge von Brandt und Bahr, die zur Aufgabe deutscher

Rechtspositionen zusammen mit SPD und FDP bereit waren, und die bis zur Peinlichkeit reichende Anbiederung an die Machthaber des Ostblocks haben 13 Jahre lang die Grundsätze einer Deutschlandpolitik im deutschen Interesse vernebelt, das Ziel der freien Selbstbestimmung für das gesamte deutsche Volk aus den Augen verlieren lassen.

Es ist mehr als ein Zufall, daß im 30. Jahr nach dem Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und der "DDR" nun die Wende in der Deutschlandpolitik durch CSU und CDU mit scheinbar dramatischen Schritten eingeleitet worden ist. Von einer Fortsetzung der anpasserischen, kleinmütigen und grundsatzlosen Politik der liberal-sozialistischen Vorgängerregierung kann dabei keine Rede sein. Wer von Kontinuität mit der liberal-sozialistischen Deutschlandpolitik spricht, kann die Alpen nicht von der norddeutschen Tiefebene unterscheiden und vergleicht Sauerkirschen mit Walderdbeeren. Die Grundlagen der Deutschlandpolitik der CSU sind in der Tradition des christlichen Abendlandes zu finden. Die CSU ist fest verankert im freiheitlich-demokratischen Wertgefüge der westlichen Nationen und stellt das westliche Verteidigungsbündnis nicht in Frage, sondern sieht in ihm den Ausgangspunkt für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Wir brauchen uns nicht wie die Sozialisten von der Ideologie des Kommunismus abgrenzen, müssen nicht den gleichen Nährboden verleugnen. Unsere Deutschlandpolitik knüpft an die von Konrad Adenauer begründete Politik an, der bereits 1950, als er wirtschaftliche Beziehungen mit der damaligen "Sowjetisch Besetzten Zone" aufnahm, den Grundstein für die gesamtdeutsche Zusammenarbeit legte."

~~.....~~ in einem Aufsatz unter der Überschrift: "Deutschland in den Grenzen von 1937". In: Der Schlesier, 25.5.1984

"Die illegale Fremdbesiedlung Ostdeutschlands stellt absolut kein Faktum dar, an dem nicht mehr gerüttelt werden dürfte. Eine Repatriierung der dort nach 1945 angesiedelten Menschen wäre beileibe keine 'zweite Vertreibung'. Es ist nicht unbillig, vom Unrechtsverursacher zu verlangen, die ihm durch die Wiederherstellung des Rechtszustands entstehenden Härten in Kauf zu nehmen."

Herbert Czaja auf einer Kundgebung zum Tag der Heimat am 2. September 1984 in Braunschweig. In: Deutscher Ost-Dienst, Informationen des Bundes der Vertriebenen, Nr. 19 vom 13.9.1984

"Man kann nicht anderen Staaten, schon gar nicht totalitären Diktaturen und auch nicht Polen, das Vollrecht der territorialen Souveränität in Teilen Deutschlands zusprechen (...).

Dies ist auch der Tag unseres Treuebekenntnisses zu Deutschland. Deutschland besteht rechtlich fort, wenn es auch noch nicht wieder als Ganzes handlungsfähig und wiedervereinigt ist."

Hans Graf Huyn, in: CSU-Pressemitteilung, 14.8.1984

"Die SPD hat sich dreizehn Jahre lang als schlechter Sachwalter der deutschen Anliegen erwiesen; hierin fährt sie auch in der Opposition fort, indem sie gesamtdeutsche Bindungen wie die gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit oder die Viermächte-Verantwortung nach und nach im Sinne Moskaus und seiner Satelliten aufzulösen oder zu unterminieren versucht."

Alois Mertes, in: Brief an Karl-Otto Lenz, 14.12.1983

"Im Oder-Neiße-Gebiet zwischen der westlichen Staatsgrenze der Volksrepublik Polen (gem. Artikel 1 des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970) und der östlichen Staatsgrenze des Deutschen Reiches (nach dem Stand vom 31. Dezember 1937...) und im Danziger Gebiet leben heute 11 Mio Menschen...

Zweitens: von den vorgenannten 11 Mio Einwohnern sind 1 Mio Deutsche im Sinne des Artikels 116 des GG... Die Bundesrepublik Deutschland drängt ... auf die Verwirklichung der Volksgruppenrechte dieser Menschen."

ANHANG

1. Deutschlandpolitisches Positionspapier

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat einstimmig nachstehendes deutschlandpolitisches Positionspapier verabschiedet:

Die Deutschlandpolitik steht vor neuen Aufgaben.

Die anhaltende Konfrontation der Supermächte, die Reideologisierung der politisch-geistigen Auseinandersetzung, das Übertragen der Ost-West-Konfrontation auf die Dritte-Welt-Politik und der Beginn eines neuen Rüstungswettlaufs, der nun auch den Weltraum einbezieht, bleiben nicht ohne Wirkung auf das deutsch-deutsche Verhältnis. Es kann daher nicht ohne Berücksichtigung der internationalen Rahmenbedingungen gestaltet werden.

Deutschlandpolitik ist Teil der Friedens- und Entspannungspolitik. Ihr Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung, die den trennenden Charakter der Grenzen überwindet. Sie stellt die Grenzen nicht in Frage, sondern sucht im Interesse der Menschen die Zusammenarbeit. Auf lange Sicht sollen dadurch auch die Militärblöcke überflüssig werden.

Entspannungspolitik liegt nicht nur im existentiellen Interesse der beiden deutschen Staaten und vor allem Berlins, sondern im Interesse aller europäischen Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland muß gemeinsam mit ihren westeuropäischen Partnern im Atlantischen Bündnis für die Fortsetzung der Entspannungspolitik eintreten, für mehr statt weniger Kooperation mit dem Osten, für weniger statt immer mehr Waffen. Selbstbehauptung Europas heißt insoweit, im Interesse der Menschen Europas für diesen Raum die Politik des Friedens und der Entspannung zu bewahren gegenüber den Gefahren, die aus der Konfrontation der Supermächte erwachsen.

1. Grundlagen

- 1.1 Deutschlandpolitik ist Friedenspolitik. Sie muß berechenbar sein und der Gestaltung guter Nachbarschaft dienen. Sie muß alles unterlassen, was eine Vertiefung der deutschen Teilung bewirken könnte und alles tun, was zu ihrer Überwindung beiträgt.
- Die beiden deutschen Staaten können ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden nur gerecht werden, wenn sie ihre

Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation behandeln.

Die Unterschiede der inneren Ordnung der beiden deutschen Staaten, die ideologische Auseinandersetzung und der Wettbewerb der Systeme bleiben davon unberührt. Auch dieser Streit darf nur in Frieden ausgetragen werden. Das gilt ebenso für die Frage nach der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, das den Deutschen ebenso zusteht, wie anderen Nationen. Heute kann nicht vorweggenommen werden, für was sich das deutsche Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheiden wird. Vorrangig bleiben Frieden und eine politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, die den Menschen Freiheit garantiert.

Das ist die Grundlage für die einzige praktische Politik, die auch den Menschen in der DDR zusätzliche Freiheiten bringen kann.

- 1.2 Die deutsche Nation ist eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich in dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten ausdrückt. Die Einheit der Nation kann durch vermehrte Begegnungen, die Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit und die Wahrnehmung der Verantwortung für den Frieden in Europa erhalten und gefestigt werden. Sie ist nicht identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten.
- 1.3 Voraussetzung gestaltender Deutschlandpolitik ist die Stabilität der in Europa bestehenden Lage. Sie muß von der Grundlage ausgehen, daß beide deutsche Staaten in ihr jeweiliges Bündnis fest eingebunden sind. Die Idee eines deutschen Sonderweges - sei es eines vereinten Deutschland oder nur der Bundesrepublik - in die Neutralität ist unrealistisch. Er würde die politische Stabilität in Europa gefährden und ist deshalb ausgeschlossen.
- 1.4 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik geht vom Grundgesetz und dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des Briefs zur deutschen Einheit aus, dem Viermächte-Abkommen über Berlin, von den Ostverträgen und von den in deren Folge getroffenen Vereinbarungen und Abmachungen. Von besonderer Bedeutung für die Deutschlandpolitik ist die KSZE-Schlußakte.
- 1.5 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik geht von den bestehenden Grenzen in Europa aus. Die Bundesrepublik Deutschland hat keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche Ansprüche

auch nicht erheben. Das Gebot des Gewaltverzichts ist für sie völkerrechtlich verbindlich.

- 1.6 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik hat nicht das Ziel, die DDR zu destabilisieren. Die Bundesrepublik Deutschland muß die Realität der DDR als Staat mit ihrem Sicherheitsinteressen ebenso respektieren wie umgekehrt die DDR die Bundesrepublik Deutschland und deren Sicherheitsinteressen.
- 1.7 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik tritt für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der DDR wie mit den Staaten Osteuropas ein. Notwendige und nützliche Kooperation zwischen Staaten ist nicht gleichbedeutend mit ideologischer Übereinstimmung. Es ist vielmehr ein Fortschritt, daß heute Kooperation zwischen beiden deutschen Staaten, unabhängig von den grundsätzlichen ideologischen Gegensätzen, möglich ist.
- 1.8 Die Sozialdemokraten sind Verfechter der freiheitlichen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die sie mitgeschaffen haben. Daher bleiben Kommunisten ihre Gegner. Das kommunistische System lehnen wir ab, weil für uns Freiheit und Sozialismus zusammengehören. Wir werden auch weiterhin die geistig-politische Auseinandersetzung mit der SED offensiv führen und diese mit den Widersprüchen und inneren Unwahrheiten ihrer Ideologie konfrontieren. Der Maßstab dieser Auseinandersetzung sind für die SPD die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

## 2. Auftrag der Deutschlandpolitik

- 2.1 Der Schwerpunkt der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ist ihr Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa und zwischen den Blöcken. Schon im Artikel 5 des Grundlagenvertrages haben die beiden deutschen Staaten diese gemeinsame Aufgabe anerkannt. Das Bewußtsein der Menschen in beiden Staaten von dieser Identität ihrer Interessen bekräftigt diesen Auftrag. Die Bundesrepublik und die DDR müssen aus ihrer Verantwortungsgemeinschaft heraus, jeder auf seiner Seite und gegenüber seinen Bündnispartnern darauf hinwirken, Spannungen zwischen Ost und West zu verringern, Mißverständnisse zu vermeiden und konkrete Abrüstungsschritte zu fördern. Beide deutsche Staaten müssen ihre Handlungsmöglichkeiten zu diesem Zweck ausschöpfen und erweitern. Das Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten soll einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West dienen.

- 2.2 Sicherheitspartnerschaft bedeutet mehr als die gemeinsame Sorge um Rüstung und Abrüstung. Sie ist eine Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung. Friedensordnung heißt: gesichertes Zusammenleben der Staaten unterschiedlicher Systeme, ohne die Änderung der Systeme zur Voraussetzung dieser Friedensordnung zu machen. Das bedeutet einen entscheidenden Schritt zur Überwindung der Teilung Europas.

Die deutsche Frage ist also eine europäische Frage. Eine adäquate Antwort kann es nur geben, wenn sie von beiden deutschen Staaten und der Völkergemeinschaft in West und Ost getragen wird. Unsere alltäglichen politischen Bemühungen müssen sich daher auf die allmähliche Überwindung des trennenden Charakters der Europa teilenden Grenzen konzentrieren. Die Grenzen selbst in Frage zu stellen, heißt, die Stabilität und den Frieden in Europa zu gefährden.

- 2.3 Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sind keine beliebigen Beziehungen. Gemeinsamkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Bewohnern müssen hervorgehoben und gefördert werden.
- 2.4 Das Bemühen um menschliche Erleichterungen war eine wesentliche Antriebskraft der Deutschlandpolitik seit 1969. Die Interessen der Menschen bleiben - neben der Friedenssicherung - wichtigster Maßstab dieser Politik. Sie muß weiterhin die Folgen der Teilung lindern und allgemeine, sowie Einzelfallregelungen in humanitären Fragen erreichen.

- 2.5 Deutschlandpolitik will das Bewußtsein der Menschen von ihrer gemeinsamen deutschen Geschichte und Landschaft stärken und ihre gemeinsame Kultur erlebbar machen.
- 2.6 Deutschlandpolitik will das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen und ihren Dialog miteinander auf allen Ebenen und über die Blöcke hinweg fördern und gestalten.

## 3. Praktische Schritte

- 3.1 Größere Offenheit beider deutscher Staaten auch bei unverrückbar unterschiedlichen Standpunkten hilft, Mißverständnisse zu vermeiden. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen

Staaten müssen aus dem Stadium der wechselseitigen Monologe herausgeführt werden. Diesem Ziel soll der offene Erfahrungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik dienen.

Auf diese Weise können Vorurteile über den jeweils anderen deutschen Staat abgebaut werden. Vorurteile, die zum Teil noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stammen, behindern die Entwicklung gut nachbarschaftlicher Beziehungen.

- 3.2 Zwischen beiden deutschen Staaten sind viele praktische Fragen zu regeln. Im Laufe der Entwicklung werden neue hinzukommen. Auf beiden Seiten besteht ein Interesse an Regelungen. Ein gutes Beispiel ist der Umweltschutz. Bei manchen Fragen liegt das Regelungsinteresse eher bei der DDR, bei anderen liegt es eher bei der Bundesrepublik. Wer Forderungen stellt, muß auch bereit sein, der anderen Seite entgegenzukommen.

3.3 Zu möglichen praktischen Ergebnissen gehören:

- die weitere Erleichterung des Besuchsverkehrs, vor allem in Richtung Ost/West;
- die Abschaffung des Mindestumtausches;
- die überfällige Einrichtung von Partnerschaften zwischen Städten in beiden deutschen Staaten;
- die Ausweitung der Jugendbegegnungen und des Sportaustausches - auch auf örtlicher Ebene;
- die Einrichtung einer deutsch-deutschen Schulbuch-Kommission;
- die Verwirklichung der Gesprächsergebnisse und Absichtserklärungen vom Werbellinsee, wozu unter anderem gehören:
  - der Austausch von Zeitungen,
  - die Verstärkung des Kulturaustausches,
  - die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von in der DDR akkreditierten Journalisten,
  - die Aufnahme von Verhandlungen über ein Wirtschaftsrahmenabkommen.

Im gemeinsamen Interesse liegt die verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Vordringlich sind Vereinbarungen zur Wiederherstellung sauberer Luft und sauberen Wassers.

Die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR entspricht dem Ziel des Dialogs auf allen Ebenen und kann nach Erfahrungen der SPD-Bundestagsfraktion erheblich zur Vertiefung der Kenntnisse der Staaten voneinander beitragen.

Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft kann z.B. mit einer öffentlichen, regierungsamtlichen Feststellung verdeutlicht werden, daß die Bundesrepublik Deutschland niemanden für die Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen wird, der dies nicht will.

Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter ist - selbst gemessen an den ihr gestellten Aufgaben - wirkungslos und überflüssig. Sie soll durch die Bundesländer aufgelöst werden.

Die Feststellung des Verlaufs der Elbegrenze ist in beiderseitigem Einvernehmen möglich.

3.4 Darüber hinaus müssen angestrebt werden:

- die Aushandlung der im Grundlagenvertrag vorgesehenen Vereinbarungen, insbesondere eines Kultur- und eines Rechtshilfeabkommens,
- die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten bei Wirtschafts- und Entwicklungshilfeprojekten mit und in dritten Ländern,
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet technologischer Entwicklungen, z.B. der Umweltschutz,
- ständiger Austausch über wirtschaftliche Fragen,
- der Ausbau und die Intensivierung der bei Abschluß des Grundlagenvertrages vereinbarten Konsultationen "über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind" (mündliche Vereinbarung), zu einer ständigen Einrichtung.

- 3.5 Ergebnis dieser und anderer praktischer Schritte der Deutschlandpolitik muß auch die weitere positive Veränderung des Grenzregimes der DDR sein.

#### 4. Berlin

4.1 Die Rolle Berlins hat sich gewandelt. Dies ist ein Ergebnis des Vier-Mächte-Abkommens und der gesamten Entspannungspolitik.

Die West-Berliner wollen schon lange nicht mehr "Pfahl im Fleische der DDR" sein. Das heißt allerdings nicht, daß sie sich mit der gegenwärtigen Lage abgefunden hätten. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung all der vielfältigen Beziehungen, die jede große Stadt mit ihrem Umland verbindet. Erst dies kann zu einer gewissen Normalisierung der Lage Berlins führen - ohne Preisgabe seiner inneren und äußeren Freiheit und der Bindungen an den Westen.

4.2 West-Berlin bringt in diesen Prozeß wichtige eigene Beiträge mit ein: das sich aus der Lage der Stadt ergebende besondere Interesse an der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Blöcken und das lebendige Bewußtsein von einem Europa, das nicht an der Elbe endet. Trotzdem wird die Normalisierung nicht sofort und umfassend erreichbar sein. Westberlin kann die entscheidenden Schritte nicht allein und aus eigener Kraft leisten. Es bedarf des Rückhalts durch die Politik der Bundesregierung und durch die Politik der den Status von Berlin garantierten Mächte.

4.3 Dieser Rückhalt besteht nicht zuletzt darin, daß Berlin und seine Menschen auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens in vollem Umfang an den Fortschritten teilhaben, die im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten vereinbart werden. Die deutsch-deutsche Entspannung darf nicht an Berlin (West) vorbeigehen.

4.4 Eine DDR, die an dauerhaften, gut nachbarschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert ist, muß erkennen, welche positive Rolle West-Berlin bei der Gestaltung solcher Beziehungen gespielt hat und weiter spielen kann.

Der Konflikt um Berlin hat die Siegermächte des zweiten Weltkrieges gezwungen, die Grenzen der Konfrontation zu erkennen und die Chancen für Kooperation auszuloten. Berlin zwingt auch beide deutsche Staaten, ein Verhältnis zueinander zu suchen, das friedlicher Zusammenarbeit und Verständigung den Vorzug gibt vor sinnloser Konfrontation, die letztlich keiner Seite nutzen kann.

#### ANHANG

2. Egon Bahr, Gemeinsame Sicherheit. Vortrag auf Einladung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau am 16.4.1984 (Auszüge:)

"(...)

Die Ansätze der Entspannung zwischen den beiden Großmächten scheinen verschüttet; an die Stelle sachlicher Absprachen ist der öffentliche Austausch mißtrauischer, ja feindseliger Erklärungen getreten. Man fragt sich unwillkürlich: Wie soll das weitergehen? Wohin soll das führen?

Wer genauer hinsieht, stellt fest, daß die Abkommen, die in der Phase der Entspannung geschlossen wurden, gehalten haben. Sie galten im wesentlichen für Europa und für Europa haben sie sich bewährt. Man darf der Entspannung nicht vorwerfen, daß sie sich nicht weltweit in einer allgemeinen Verbesserung oder im globalen Wohlergehen ausgewirkt hat.

(...)

Die Entspannung ist nicht gescheitert, sie ist steckengeblieben. Die Konsequenz heißt: Sie muß wiederbelebt werden. Sie muß vor allem ausgedehnt werden auf andere Regionen, d.h. außerhalb Europas und andere Sektoren, d.h. insbesondere den militärischen Sektor.

(...)

Entspannung hat nichts mit ideologischer Konvergenz zu tun. Sie regelt im beiderseitigen Interesse zum beiderseitigen Vorteil begrenzte Fragen. Eine begrenzte, aber elementare Frage ist die des Friedens. Gemeinsam am Leben zu bleiben ist gemeinsames Interesse und gemeinsame Herausforderung an unsere Vernunft.

(...)

Wir leben im Zeitalter der gesicherten gegenseitigen Zerstörung und stellen fest, wie recht Einstein hatte, als er sagte: "Die Atombombe hat die Welt verändert, nicht aber das Denken der Menschen". Die Gefahren, in denen wir uns befinden, resultieren daraus, daß unsere technischen Fähigkeiten, neue Zerstörungsmittel zu produzieren, schneller wachsen als die Fähigkeit ihrer politischen Beherrschung. Die eigentliche Gefahr besteht darin, daß die Politik zum Gefangenen der militärischen Technik wird.

Es wird immer noch daran gedacht, daß man zuletzt siegen können muß, obwohl die gesicherte Zweitschlagsfähigkeit die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht hat. Die Aufgabe an den Generalstab hier wie dort heißt, wie

sie immer gelautet hat: Falls der Konflikt unvermeidbar wird, muß er gewonnen werden können. Man sieht den potentiellen Gegner und muß versuchen, Vorteile zu gewinnen. Der potentielle Gegner denkt genauso. In der bisherigen Geschichte führte das immer zum Krieg. Ob die politischen Führungen die neue Qualität erkennen und die Kraft haben, entsprechend zu handeln, ob sie in der Lage sind, über den Schatten ihrer Erfahrungen und Erziehung zu springen und im potentiellen Gegner den unentbehrlichen Partner der Gemeinsamen Sicherheit zu sehen und zu akzeptieren, das ist die eigentliche Frage.

(...)

Wenn von Gemeinsamer Sicherheit die Rede ist, so heißt das natürlich nicht nur die Sicherheit zusammen mit dem potentiellen Gegner, es heißt auch innerhalb der bestehenden Bündnisstrukturen. Niemand kann sich mehr Sicherheit versprechen, wenn er Freunde verläßt. Wir werden nur in den Bündnissen und mit den Bündnissen zu Strukturen der Gemeinsamen Sicherheit kommen, in der zuletzt die Bündnisse in einem kollektiven Sicherheitssystem aufgehen. Die Idee der Gemeinsamen Sicherheit als Fortsetzung der Entspannungspolitik auf militärischem Gebiet ist gewissermaßen die geistige Grundlage der kollektiven Sicherheit.

(...)

Gefragt ist der psychologische Waffenstillstand in der Auseinandersetzung, was man dem anderen alles zutraut; denn egal was man ihm zutraut, er ist Partner der Gemeinsamen Sicherheit. Wir sind zur Koexistenz verdammt. Sie ist unsere Chance.

(...)"

## SPITZEL Essay

### Deutscher Patriotismus

von Willy Brandt

Mein ist die Rede vom Vaterland. Das neide mir keiner.

Friedrich Hölderlin

Diese Zeiten Hölderlins sind knapp einhundertachtzig Jahre alt. Mit Trotz und Hoffnung halten sie eine Idee fest, auf deren Verwirklichung nicht zu rechnen war: die Idee des geeinten deutschen Vaterlands. Hölderlin hoffte auf eine Befreiungsbewegung, die das feudalistisch zersplitterte Deutschland zu einer staatlich geformten Nation zusammenführen würde.

Manche in unserem Lande, vor allem unter den Jüngeren, berufen sich auf das geschichtliche Beispiel oder fragen unabhängig davon nach Wegen, die neu zu deutscher Einheit führen könnten. Auch sie wollen sich die Rede vom Vaterland nicht neiden, will sagen: die Idee und die Hoffnung nicht entwinden lassen.

Ist das verständlich und berechtigt? Ist es „zufällig“ nach allem, womit Deutschland seine Nachbarn und die Welt belastete? Manchmal will es scheinen, dies würde durch eben jene bestritten, die den Vereinigungs-Auftrag aus der Prämisse des Grundgesetzes gepachtet haben möchten. Doch könnte es sein, daß wir von diesem Ausgangspunkt auf eine falsche Spur gelangen. Denn für viele, die sich neu zu Wort melden, steht offensichtlich nicht die nationale Einheit als solche, sondern das gemeinsame Interesse am Leben (und Überleben) des eigenen Volkes an der Spitze ihrer Forderungen. Und die Lebensinteressen eines Volkes sind nicht notwendigerweise daraus abzuleiten, ob es in staatlicher Einheit organisiert ist.

Es hat nach Hölderlin ein geeintes Deutschland gegeben – das eher willkürlich zusammengeschchnittene „kleindeutsche“ Kaiserreich, das Europa gegen sich aufbrachte und den Ersten Weltkrieg entscheidend mitverschuldet hat. Und dann jenes geeinte Deutschland, das in der Weimarer Zeit den überfälligen Reifeprüfung der Demokratie nicht bestand und im verbrecherischen Wahnsinn der NS-Herrschaft unterging. Kaum eine Verblendung, kaum eine Untat, die nicht im Namen von Nation und Vaterland begangen worden wäre. Nichts, woran einfach hätte angeknüpft werden können. Der radikale Bruch mit der jüngsten Vergangenheit war geboten.

Indes: Gab und gibt es nicht einen Patriotismus, der von allen nationalistischen Verirrungen immer frei war? Gibt es nicht jene Lebensinteressen, die eben

darum legitim sind, weil sie mit Überlegenheits- oder Machtstreben nichts zu tun haben? Und wozu gebietet das Grundgesetz, die nationale Einheit in Freiheit und Selbstbestimmung zu vollenden?

Wie dieses „Vollenden“ vor sich gehen sollte, wurde aus guten Gründen oft gelassen.

Fragen nach dem nationalen Interesse werden wieder lauter gestellt; wie man im Ausland darauf reagiert, läßt die Dünne des Eises ermahnen, auf dem sich deutsche Politik immer noch bewegt. Von „German nationalism“ ist in anglo-amerikanischen Zeitungen mehr zu lesen als von „deutschem Patriotismus“ in deutschen. In französischen Blättern wird über deutschen Patriotismus spekuliert, dem man zutraut, im Zusammenspiel mit den Russen die gefürchtete „réunification“ bewirken zu können.

Was wohl dahintersteckt, wenn die Deutschen – wie im Falle Polen – nicht jede Art von Maulheldentum mitmachen und sich nicht mehr allzu sehr durch Maßnahmen beeindrucken lassen, die keine sind? Was wohl den Deutschen einfällt, wenn sie an dem Sinn militärischer Installationen zweifeln, die sie noch mehr zum Schießplatz der Weltmächte machen würden? Es erscheint zunächst grotesk: Für gefährlich hält mancher ausländische Kritiker nun, wenn Deutsche nicht mehr für Aggression und Übermacht, sondern für Frieden und Abrüstung demonstrieren. Als habe sich auf deutschem Boden nicht Schrecklicheres abgespielt als eben dies.

Die Reaktionen zeigen: Das Thema ist heikel. Denn da geht es ja nicht nur um trockene Eigeninteressen oder um die zu Unrecht angezweifelte Bündnistreue der Deutschen. Da geht es auch um ein tiefes Misstrauen – in Ost und West – gegen jenes Deutschland, das zweimal in einer Jahrhunderthälfte Europa mit Krieg überzogen hat; das erst nach Teilung, Besetzung und doppelseitiger Eingliederung in die einander gegenüberstehenden Bündnisssysteme halbwegs handhabbar erscheint; und das, nachdem es zu erheblicher Wirtschaftskraft gefunden hat, zweifach seinen eigenen politischen Weg gehen könnte. Auch diese Ängste gehören zur Wirklichkeit unserer Existenz in Europa.

Umgekehrt entsinne ich mich der Warnung von Günter Grass aus dem vorigen Jahr, am Ort des Begriffs der Nation kein Vakuum zu lassen. Er fürchtet, daß bei der jungen Generation eine Bereitschaft da ist, „dann irgendein Angebot irrationaler Art aufzugreifen und für sich zum Instrument zu machen. Dann läge das Versagen bei denjenigen, die aus einer total berechtigten Scheu vor den großen Worten das Thema zu lange ausgespart haben“. Aus der Scheu, „mißverstanden zu werden, sei es vom anderen Staat, sei es von unseren Ver-

bündeten im Westen, sei es von wem auch immer“.

Vorsichten, Rücksichten, Einsichten. Was also kann, darf, soll Patriotismus in Deutschland heute bedeuten?

Auch wenn es manchen Jüngeren nicht geläufig sein mag: Ich stelle mir diese Frage nicht erst jetzt, auch nicht zum erstenmal seit den Ostverträgen. Man lese nach, was 1970 in Moskau, in Warschau und in den westlichen Hauptstädten von uns gesagt wurde. Im Bericht zur Lage der Nation 1970 habe ich ausgeführt: „Patriotismus verlangt die Erkenntnis dessen, was ist, und den Versuch, immer wieder herauszufinden, was möglich ist. Er verlangt den Mut zum Erkennen der Wirklichkeit. Dies ist nicht gleichbedeutend damit, daß man diese Wirklichkeit als wünschenswert ansieht, oder daß man auf die Hoffnung verzichtet, sie ließe sich im Laufe längerer Zeiträume ändern. Aber die Aufrichtigkeit, ohne die keine Politik auf Dauer mehr geführt werden kann, verpflichtet uns, keine Forderungen zu erheben, deren Erfüllung in den Bereich der Illusionären Wunschvorstellungen gehört.“ Hieran möchte ich festhalten. Wir dürfen nicht vergessen, daß kaum eine Politik gefährlicher ist als eine, die tief an Illusionen hängt.

Ostpolitik und Abbau der Spannungen in Europa wären weder sinnvoll noch überhaupt möglich gewesen, wenn wir nicht von jenen Realitäten hätten ausgehen wollen, die der Hitlerkrieg geschaffen hatte. Denn es gibt kein deutsches Interesse, das über dem Frieden stünde, und um den Frieden zu sichern, muß man Spannungen abbauen. Konkret meine ich vor allem zweierlei.

Erstens: Es gibt keinen deutschen Sonderweg aus den Blöcken heraus und in die Neutralität hinein. Beide Weltmächte (und die meisten deutschen Politiker mit ihnen) waren sich einig, daß eine österreichische Lösung für Deutschland nicht in Betracht käme. Sollte es je einen Sonderzug gegeben haben, so ist er in den fünfziger Jahren abgefahren. Wer heute die militärpolitische Einbettung der beiden deutschen Staaten gegen den Willen der Weltmächte revidieren wollte, würde Illusionen nähren und den Frieden gefährden.

Die deutschen Staaten können, so wie die Dinge liegen, aus ihren Bündnisverpflichtungen nicht aussteigen. Allein der Gedanke, daß man es in der Mitte Europas mit einem Vakuum zu tun haben könnte, ist geeignet, ein Gefühl tiefer Verunsicherung zu erzeugen.

Chancen für eine andere, bessere Ordnung der deutschen Dinge ergeben sich nicht durch den Ausbruch aus den Allianzen, sondern dadurch, daß man auf deren künftige Entwicklung Einfluß nimmt. Das gilt für die Rüstungen, die uns Deutsche erst spät und lange nicht stark genug beunruhigt haben. Das gilt

für das Verhältnis zwischen den Teilen Europas. Denn nur insoweit dieses sich wandelt, werden sich auch noch Möglichkeiten für uns Deutsche eröffnen.

Patriotismus in allen Ehren. Er hat gerade auch in der einst als „international“ verschrienen Arbeiterbewegung seine solide Verankerung. Von August Bebel stammt das Wort vom „Vaterland der Liebe und Gerechtigkeit“, das es zu erringen gelte. Auf die andere Seite derselben Sache habe ich vor Jahr und Tag, auch als Bundeskanzler, in aller Offenheit hingewiesen: Ein guter Deutscher darf kein Nationalist sein. Außenpolitisch gerät in die Irre, wer nicht das globale Kräfteverhältnis im Blick behält.

Dies führt im Militärischen zu der Einsicht: Sicherheit gibt es nicht voneinander, sondern nur noch miteinander. Diese Regel gilt auch politisch. Mit dem Satz eines guten Freundes: Einzelne können aussteigen, Völker nicht.

Sprechen wir nicht nur von Machtfragen. Sprechen wir auch von dem Maß an demokratischer Stabilität, an politischer Kultur, an Zivilisation, das uns die Integration in die westliche Welt, die Aussöhnung mit Frankreich, die Europäische Gemeinschaft mit allen ihren Unzulänglichkeiten und gewiß auch die Partnerschaft mit den USA gebracht haben. Völker können ohne Schladen auch nicht aus der Geschichte aussteigen.

Die allzu pathetischen Klagen, wir seien ein „besetztes“ Land, beschreiben die Situation nicht einmal andeutungsweise korrekt. Ich ärgere mich über ausländische Stimmen, die uns in Bausch und Bogen verdammen und böswillig mißverstehen. Doch ich muß die eigenen Landsleute bitten, die Rahmenbedingungen, die für Deutschland und für Europa durch den Krieg gesetzt wurden, nicht zu gering zu veranschlagen. Wir sind im Verständnis der anderen noch immer das Volk, das den Krieg angefangen hat, der dann auf uns so furchtbar zurückschlug.

Gewiß werden eines Tages die Karten neu gemischt werden, doch nicht in jenem Zeitraum, den wir heute zu gestalten haben. Immerhin hat es die Bundesrepublik zu einem Bündnispartner gebracht, der nicht nur gescholten wird, sondern der auch Einfluß hat. Der ein respektierter mittelgroßer Staat geworden ist – nicht mehr, nicht weniger – und der Gewicht hat; wie ja auf seine Weise auch der andere deutsche Staat.

Beide deutschen Staaten wären gut beraten, wenn sie die Vormacht ihrer jeweiligen Bündnispartner geduldig und klug zur Abrüstung drängen und dabei durchaus nicht unter den Tisch fallen ließen, was ihre eigenen Lebensinteressen ihnen gebieten. Wir Sozialdemokraten zucken ja keineswegs zusammen, wenn man uns vorhält, daß im Godesberger Programm eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, der Abzug frem-

der Truppen und die Wiedervereinigung geschrieben stehen.

Weshalb sollten wir diese Ziele verleugnen? Doch greifbar können sie nur als Resultate eines langen Prozesses werden, der durch fortschreitende Abrüstung voranzutreiben ist. Peter Bender hat im letzten Jahr ein Buch („Das Ende des ideologischen Zeitalters“) geschrieben, das ein Szenario für eine denkbare Reihenfolge einzelner Schritte enthält. Ich habe mir seine Thesen nicht in allen Einzelheiten zu eigen gemacht. Doch ich rühme ihnen nach, daß sie realistisch sind. Sie verbinden politische Phantasie mit der Einsicht, daß der zweite Schritt nur aus dem ersten folgen kann.

Die Blöcke wird nur überwinden können, wer von dem ausgeht, wozu sie geworden sind. Wenn international, zumal zwischen den Großmächten, Abrüstung und Entspannung weit genug gehen würden, dann könnte nicht nur der Zusammenhalt der Blöcke, dann könnten die Blöcke selber an Gewicht verlieren. Wer die letzten Jahre oder gar nur die letzten Monate überblickt, wird eine entsprechende Tendenz mancherorts vorgeformt finden. Bei aller Bitterkeit, bei aller Solidarität: Warschau 1981 ist nicht wie Prag 1968. Daß es gleichwohl einen solchen polnischen Winter gegeben hat, können wir durch große Worte und Gesten nicht aus der Welt schaffen: Vielleicht aber durch ein längerfristiges Bemühen, nicht nur Spannungen, sondern auch Rüstungen abzubauen.

Zweitens: Analog gilt dies auch für die „nationale Frage“, wenn damit gemeint ist, daß die Deutschen darüber werden entscheiden können müssen, ob und wie sie anders miteinander leben wollen, als es sich nach 1945 im Zeichen des Kalten Krieges herausgebildet hat. Eine Überwindung der Teilung wird nur möglich sein, wenn man die neuen Gegebenheiten zur Kenntnis nimmt und sich nicht vornimmt, die Zukunft über den Leisten der Vergangenheit zu schlagen.

Ich werde oft gefragt, ob diejenigen, die sich als deutsche Friedensbewegung empfinden, nicht eigentlich Repräsentanten einer nationalen Bewegung seien. Das ist schon deshalb schwer zu sagen, weil sich viel Unterschiedliches in dieser „Bewegung“ zusammenfindet. Sicher aber ist eines: Die Bemühung um Frieden, Entspannung und Abrüstung wird nicht erleichtert, wenn man sie mit der deutschen Frage verquickt.

Es ist nicht leicht, dies gegenwärtig unbefangen zu formulieren, doch muß wahr bleiben, was wahr ist: Beide deutschen Staaten stehen in der Pflicht, ihr Teil zu tun, um zu Entspannung und Abrüstung beizutragen. Vielleicht finden sie dabei auch Gemeinsamkeiten. Aber die nationale, staatliche Einheit kommt nicht sozusagen nebenbei noch heraus. Ein neues Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten, vielleicht sogar ein-

mal ein gemeinsames Dach: Dies kann nur der hundert-erste Schritt eines Prozesses sein, in dem hundert andere Schritte der Vertrauensbildung in Europa vorausgegangen sein müssen. Wer heute unvermittelt nach deutscher Einheit ruft, ohne etwa angeben zu können, welche Rolle die bestehenden Staaten in Deutschland in einem solchen Konzept spielen sollen, der mindert die Chancen Europas. Es ist eine gefährliche Vorstellung, Deutschland gegen Europa organisieren zu wollen.

Man muß wissen, worüber wir allein entscheiden können und worüber nicht. Ich bin überzeugt davon, daß man die nationale Frage – als die Frage, welchen Weg das deutsche Volk in seinen zwei Staaten oder auch über sie hinaus gehen soll – weder verleugnen noch abwürgen kann. Daß junge Menschen unsere abgeschlossenen Antworten nicht einfach übernehmen mögen, finde ich verständlich. Aber patriotisch sein in Deutschland heißt heute zunächst: die Gemeinsamkeiten in unserem Volk zu wahren und auf unsere besondere Verantwortung für den Frieden in Europa bedacht zu sein. Und zwar mit der DDR, wo immer dies möglich ist.

Eine solche Haltung erst, die von den Realitäten ausgeht, den anderen als gleichwertig anerkennt und Überlegenheitsansprüche gar nicht erst aufkommen läßt, macht glaubwürdig, was zu Patriotismus gehört: sich zur Verantwortung des eigenen Volkes bekennen, während man zugleich auf seine Lebensinteressen pocht. Verantwortung: Dies bedeutet, den Satz, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, nicht zur Phrase verkommen zu lassen. Beide deutschen Staaten sind hierzu im Wort. Lebensinteressen: Dazu gehört der Versuch, abzuwenden, daß in Deutschland immer mehr nukleare Vernichtungswaffen stationiert werden und Deutschland noch mehr zum Zielgebiet möglicher Vernichtungsschläge wird.

Dies ist patriotische Pflicht; sie enthebt niemanden dem Zwang, über die Gesamtbedingungen friedenssichernder Politik in Europa nachzudenken und Fehlschlüsse, aus denen Kurzschlüsse werden könnten, zu vermeiden.

Die „Rede vom Vaterland“: Wir haben sie nicht zu scheuen, wenn wir sie nur vom Rausch fernhalten, der sie wiederholt so schwer diskreditiert hat. Wenn wir statt dessen deutsche Partnerschaft für den Frieden und ein europäisches Europa im Auge haben. Wenn wir sie von Illusionen fernhalten und statt dessen Patriotismus als „hellige Nächterheit“ begreifen, um Hölderlin noch einmal zu zitieren.

SPITZEL Essay